



ÖKUMENISCHE VERSAMMLUNG

FÜR GERECHTIGKEIT, FRIEDEN
UND BEWAHRUNG DER SCHÖPFUNG

DRESDEN — MAGDEBURG — DRESDEN

Teil 1

— Nur für den innerkirchlichen Gebrauch —

<u>Inhalt</u>	<u>Erster Teil</u>	Seite
Wort des Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in der DDR		4 - 6
Zur Einführung		7 - 8
Die Ergebnisse der Ökumenischen Versammlung		
- Wort der Ökumenischen Versammlung an die Gemeinden		9 - 10
- Brief an die Kinder		11
- Die zwölf Ergebnistexte der ökumenischen Versammlung		
1 - Umkehr zu Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung / Theologische Grundlegung		12 - 28
2.1 - Leben in Solidarität - eine Antwort auf weltweite Strukturen der Ungerechtigkeit		29 - 35
2.2 - Leben in Solidarität mit Ausländerinnen und Ausländern		36 - 39
3 - Mehr Gerechtigkeit in der DDR - unsere Aufgabe, unsere Erwartung		40 - 47
4 - Der Übergang von einem System der Abschreckung zu einem System der politischen Friedenssicherung		48 - 55
	<u>Zweiter Teil</u>	
5 - Orientierungen und Hilfen zur Entscheidung in Fragen des Wehrdienstes und der vormilitärischen Ausbildung		56 - 61
6 - Aspekte der Friedenserziehung		62 - 67
7 - Kirche des Friedens werden		68 - 72
8 - Auf der Suche nach einer neuen Lebensweise in der bedrohten Schöpfung		73 - 78
9 - Den Menschen dienen - das Leben bewahren		79 - 82
10 - Ökologie und Ökonomie		83 - 88
11 - Energie für die Zukunft		89 - 92
12 - Der Wert von Information für Umweltbewußtsein und -engagement		93 - 97
- Beschluß zur Weiterarbeit		98
Die Teilnehmer der Ökumenischen Versammlung		99
Materialangebot zu einzelnen Themen		100
Chronik der Ökumenischen Versammlung		101 - 103

Wort des Vorsitzenden
Der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in der DDR,
Kirchenpräsident Dr. Eberhard Natho,
zur Entgegennahme der Ergebnisse der Ökumenischen Versammlung

Liebe Schwestern und Brüder!

Gelobt sei Gott, der mein Gebet nicht verwirft, noch seine Güte von mir wendet. (Ps 66,20)

Dieses Psalmwort ist der Wochenspruch für die heute beginnende Woche. Gelobt sei Gott - das darf und soll über diesem Abschluß der Ökumenischen Versammlung stehen. Wir haben viele und gute Gründe, Gott in diesem Augenblick zu loben und ihm zu danken.

Und nun ein Dreifaches:

1. Erinnerung und Dank

Vom Stadtökumenekreis in Dresden ging der entscheidende Anstoß zur Bildung der Ökumenischen Versammlung aus. Die Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in der DDR hat diese Anregung aufgegriffen und dann hat Gott uns erleben lassen, daß alle, wirklich alle Kirchen und kirchlichen Gemeinschaften unseres Landes bereit waren, sich der Aufgabe zu stellen und Delegierte zu einer Ökumenischen Versammlung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung zu entsenden. Gott sei Dank, daß er uns diese Erfahrung geschenkt hat. Damit begann eine Strecke harter und vielfältiger Arbeit, für die jetzt Dank zu sagen ist

- zuerst Ihnen, liebe Schwestern und Brüder, die Sie in der Versammlung die Last der Arbeit getragen haben und dann besonders
- den Schwestern und Brüdern im Präsidium, die anleitend und zurechthelfend in großer Verantwortung den schwierigen Prozeß vorangetrieben haben.
Das alles wäre nicht möglich gewesen ohne
- die zähe und fleißige Arbeit des kleinen Sekretariates der Ökumenischen Versammlung, in dem nicht nur Berge eingehender Briefe, sondern zugleich Berge notwendiger Papiere zu bearbeiten waren.
- Dank sei den Beratern in den Vollversammlungen und Arbeitsgruppen gesagt, die - wie viele unter Ihnen - ihre freie Zeit und ihr Engagement der Versammlung gewidmet haben.
- Ganz herzlicher Dank gebührt den gastgebenden Gemeinden hier in Dresden und in Magdeburg, den vielen Helferinnen und Helfern, die im Hintergrund der Vollversammlung tätig waren.
- Und nicht zuletzt danken wir in diesem Gottesdienst den vielen Christen, die in treuem Gebet vor Gott für diese Versammlung die Hände gefaltet haben. Wir danken auch denen, die ihre Hände geöffnet und der Versammlung das notwendige Geld gaben, um die Arbeit zu finanzieren.

Gelobt sei Gott, der uns mit diesen Erfahrungen reich beschenkt hat.

2. Bedeutung und Freude

Wir haben uns die Themen Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung nicht ausgesucht. Spätestens seit der Vollversammlung der Mitgliedskirchen des Ökumenischen Rates der Kirchen 1983 im canadischen Vancouver steht die Trias dieser Thematik auf der Tagesordnung unserer Kirchen. Dabei geht es keineswegs nur um innerkirchliche Verständigung, so wichtig diese ist, sondern es geht auch um die Verantwortung für die Welt. Weil Gott, der Herr, diese unsere Welt liebt und ihr zugewandt ist, darum sind wir zur Verantwortung im Glauben herausgefordert für die Gerechtigkeit, den Frieden und die Bewahrung der Schöpfung.

Die Größe der Aufgabe könnte verzagt stimmen. Und es wird nicht ausbleiben, daß sich kritische Einrede meldet, die den Zweifel ausspricht, ob wir denn wirklich Hilfreiches zu sagen wissen zu den großen Herausforderungen unserer Tage. Wie immer am Ende des nun beginnenden Arbeitsganges die Wertungen ausfallen mögen, ein Doppeltes darf uns jetzt schon das Herz mit Freude füllen: endlich, endlich hat Gott uns erlaubt, gemeinsam an einer großen Aufgabe zu wirken. Zum ersten Mal seit der Reformation arbeiten alle Kirchen und kirchlichen Gemeinschaften dieses Landes an den gestellten Themen; zum ersten Mal ist diese gemeinsame Arbeit begleitet gewesen von Anbetung und Lobpreis, von der Erfahrung der Wirklichkeit dessen, was wir im 3. Artikel unseres Glaubensbekenntnisses bekennen.

Und: Gott hat es gefügt, daß diese Versammlung Ergebnisse vorlegen kann. Wie immer diese Ergebnisse im einzelnen zu beurteilen sein werden, es erfüllt uns mit Freude, daß wir nicht auseinandergehen wie nach einem großen Palaver, sondern daß jetzt Vertreter der Kirchen etwas in die Hand gegeben werden kann. Die Kirchen und kirchlichen Gemeinschaften unseres Landes sind durch Vertreter hier zusammengekommen, um Ihr Arbeitsergebnis entgegenzunehmen. Diese nun auch sichtbar in unserem Gottesdienst vollzogene Entgegennahme ist Ausdruck des Dankes für Ihre Arbeit, Ausdruck der Freude über ein Ergebnis und Ausdruck des Willens, an der Sache weiterzuarbeiten. Ihre Arbeit ist nun zu Ende. Die Arbeit der Kirchen und kirchlichen Gemeinschaften beginnt. Und viele von Ihnen werden an dieser Arbeit aktiv beteiligt sein.

Darum Drittens:

Arbeit und Gemeinschaft

Die Kirchen und kirchlichen Gemeinschaften haben Delegierte entsandt, aber zu keinem Augenblick haben sie ihre bleibende Verantwortung delegiert. Das können sie gar nicht. Darum beginnt jetzt für unsere Kirchen und kirchlichen Gemeinschaften ein Zeitraum des Prüfens und Abwägens, ein Zeitraum der Entscheidung, wie denn nun die Ergebnisse dieser Versammlung wirksam werden können im Leben unseres Alltags. Ich kann hier nur die Hoffnung aussprechen, daß unseren Kirchen und kirchlichen Gemeinschaften diese Aufgabe nicht zu schwer wird. Gott schenke es, daß wir am Ende dieses Zeitraumes dankbar vor IHM bekennen dürfen: Nun hast Du uns auch mit neuer Erfahrung in der Gemeinschaft beschenkt. Denn, liebe Schwestern und Brüder, das ist die kräftige Hoffnung vieler in unserem Lande, daß wir die erreichte Gemeinschaft nicht wieder verlieren, daß wir beieinander bleiben, dranbleiben an

der Sache und dabei festhalten aneinander. Wir müssen die jetzt vor uns liegende Arbeit in jeder Kirche und jeder kirchlichen Gemeinschaft je für uns tun, aber wir wollen sie nicht ohne den anderen leisten. Dazu helfe uns Gott.

Gelobt sei Gott, der mein Gebet nicht verwirft, noch seine Güte von mir wendet. Amen

Zur Einführung

Mit der Übergabe der Ergebnisse an die Vertreter der Kirchen und kirchlichen Gemeinschaften im bewegenden Schlußgottesdienst am 30. April 1989 in der Dresdner Kreuzkirche ist die ökumenische Versammlung der Christen und Kirchen in der DDR für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung zu Ende gegangen. Sie hatte die Aufgabe, in den Herausforderungen, vor denen wir heute stehen, eine gemeinsame und verbindliche Antwort zu suchen. In einem intensiven Prozeß, der sich in den drei Vollversammlungen verdichtete, hat sich die ökumenische Versammlung dieser Aufgabe gestellt (vgl. die "Chronik der ökumenischen Versammlung"). Mit der Veröffentlichung der Beschlußtexte legt sie nun ihre Ergebnisse in der vom Präsidium festgelegten Endfassung den Kirchen und kirchlichen Gemeinschaften sowie den Gemeinden, Gruppen und allen Interessierten vor.

Die vorgelegten Ergebnisse enthalten als ihr Kernstück die zwölf Beschlußtexte zu den Fragen von Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung. Ihre thematischen Schwerpunkte sind aus den Vorschlägen, Anregungen und Fragen, die uns zu Beginn der Versammlung aus den Gemeinden zuzugingen, erwachsen. Die Texte selbst sind das Ergebnis eines intensiven ökumenischen Dialoges in den Arbeitsgruppen und im Plenum der Versammlung. Dabei waren die Stellungnahmen aus den Gemeinden zu den Textentwürfen und die Gespräche mit Fachleuten wichtige Verbreiterungen dieses Dialoges. Am Schlußtag der 3. Vollversammlung wurden die Texte dann nach einem langen Beratungsprozeß in zweiter Lesung mit jeweils deutlicher Zweidrittel-Mehrheit von der Versammlung angenommen.

Jeder der zwölf Texte hat seine eigene Gestalt, die von der Sache her mitbestimmt ist. In den einzelnen Texten verbinden sich in der Regel - in unterschiedlicher Intensität - theologische Begründungen, analytische Aussagen zur Situation, grundlegende Erkenntnisse und Einsichten und Konsequenzen, die als Anregungen und Empfehlungen im Blick auf den Einzelnen, die Gemeinden und Kirchen sowie die Gesellschaft formuliert worden sind. Auch wenn die Texte je für sich stehen, bilden sie zugleich ein zusammengehöriges Ganzes. Sie sind durch Verweise wechselseitig ineinander verzahnt und interpretieren und ergänzen sich gegenseitig. Eine besondere Funktion kommt dabei dem Text "Umkehr zu Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung" zu, der als theologische Grundlegung des Ganzen an den Anfang gestellt wurde. Die darin ausgesprochenen biblisch-theologischen und sozialetischen Grundeinsichten und -richtungen haben die Arbeit der Versammlung stark mitbestimmt, auch wenn diese Aussagen nicht einfach schematisch in den einzelnen Texten übernommen worden sind. Durch die Beschreibung von drei vorrangigen Optionen - für die Armen, für die Gewaltfreiheit und für den Schutz und die Förderung des Lebens - ist es zugleich gelungen, so etwas wie einen "roten Faden" für das "Gesamtpaket" der Texte zu formulieren.

Mit dem "Wort an die Gemeinden" und dem "Brief an die Kinder" hat die ökumenische Versammlung versucht, wichtige Erkenntnisse der gemeinsamen Arbeit zu benennen und vor allem etwas von den Erfahrungen des gemeinsamen Weges weiterzugeben. Sie hat sich zu den

eigenen Grenzen bekannt. Sie hat die Gemeinden eingeladen, die Erfahrungen und Ergebnisse aufzugreifen und weiterzuführen. Die Ergebnisse, die aus einem intensiven Dialog erwachsen sind, sind auch darauf angewiesen, daß sie in einem weitergehenden Dialog aufgenommen werden.

Nach den "Grundregelungen für die ökumenische Versammlung" bedürfen die Ergebnisse der Zustimmung der beteiligten Kirchen, um für die jeweiligen Kirchen in Kraft gesetzt zu werden. Mit ihrem "Beschluß zur Weiterarbeit" hat die ökumenische Versammlung die Kirchen gebeten, in einen Prozeß der Rezeption der Ergebnisse einzutreten. Die ökumenische Versammlung hofft, daß ihre Ergebnisse auch die Zustimmung der Kirchen und kirchlichen Gemeinschaften findet. Die Kirchen haben ihre Bereitschaft bekräftigt, sich jetzt dieser Aufgabe zu stellen. Sie haben sich - mit dem Wort des Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft der christlichen Kirchen - zugleich dazu bekannt, die Weiterarbeit an den Fragen von Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung aufzunehmen und zu fördern und dabei die neu erfahrene Gemeinschaft der Kirchen fruchtbar werden zu lassen.

Christof Ziemer

Vorsitzender des Präsidiums
der ökumenischen Versammlung

Wort der Ökumenischen Versammlung

Liebe Schwestern und Brüder in Christus!

Von der III. Tagung der Ökumenischen Versammlung in Dresden grüßen wir Sie.

Seit dem Aufruf "Eine Hoffnung lernt gehen" von 1987 ist unter uns ein intensives Gespräch in Gang gekommen. Zum ersten Mal seit Jahrhunderten haben Vertreterinnen und Vertreter fast allerchristlichen Kirchen in unserem Land gemeinsam gebetet, gefeiert, beraten und Beschlüsse gefaßt. Zusammengebracht haben uns unser Glauben und die Bedrohungen von Gottes Schöpfung durch Ungerechtigkeit, Krieg und räuberischen Umgang mit der Natur.

Sie haben uns auf diesem Weg begleitet durch Ihre Reaktionen auf den Aufruf, Ihr Mitdenken in vielen Gemeinden und Gruppen in unseren Kirchen und durch Ihre Fürbitte. Dafür danken wir Ihnen.

Manch einer hat unsere Versammlung mit großer Skepsis begleitet aus der nicht unberechtigten Angst vor Überforderung. Mit Bedauern stellen wir fest, daß viele sich nicht auf den Weg machen, weil sie meinen: wir sind zu wenige, wir können doch nichts tun, uns fehlt der Überblick, es läßt sich doch nichts ändern.

Mit Freude haben wir wahrgenommen, daß auch Menschen außerhalb unserer Kirchen die Themen des konziliaren Prozesses und unsere Problembeschreibungen und Antwortversuche aufmerksam verfolgt haben.

Wir haben versucht, die Herausforderungen unserer Zeit vom Evangelium her zu bedenken. Wir haben erkannt: der biblische Ruf zur Umkehr trifft uns heute neu. Unsere Arbeit in der Ökumenischen Versammlung mündet in drei wichtige Einsichten, die uns binden und verpflichten:

- Wir bekennen uns zu unserer vorrangigen Verpflichtung, Gerechtigkeit für alle Benachteiligten und Unterdrückten zu schaffen;
- Wir bekennen uns zu unserer vorrangigen Verpflichtung, dem Frieden mit gewaltfreien Mitteln zu dienen;
- Wir bekennen uns zu unserer vorrangigen Verpflichtung, Leben auf dieser Erde zu schützen und zu fördern.

Die Konsequenzen aus diesen drei Verpflichtungen haben wir in zwölf Ergebnis-Texten entfaltet. Viele Anliegen und Sorgen, die Sie uns anvertraut haben, sind in diese Texte aufgenommen und sind weiter bedacht worden. Unsere Texte wurden im Schlußgottesdienst am 30. April 1989 in der Kreuzkirche zu Dresden in die Verantwortung der Kirchenleitungen übergeben.

Wir hoffen, daß diese Texte helfen können, sensibler zu leben und bewußter zu handeln.

Der gemeinsame Weg der Ökumenischen Versammlung hat uns selbst verändert. Eine überraschende Offenheit füreinander hat die

Mühen der Verständigung erleichtert. Unsere Ergebnisse sind nicht vollkommen; wir wissen nicht auf jede Frage eine Antwort.

Manche Erwartungen mußten wir enttäuschen. Aber eine Hoffnung hat gehen gelernt, und diese Erfahrung ermutigt uns, jetzt nicht stehen zu bleiben. Viele Fragen stellen sich am Ende schärfer als am Beginn der Versammlung. Wir müssen weitergehen: in unseren Gemeinden, in unseren Gruppen, mit allen Menschen, die sich um die Zukunft unserer Erde Sorgen machen.

Die neu erfahrene Gemeinschaft von 19 Kirchen und kirchlichen Gemeinschaften haben wir als kostbares Geschenk Gottes angenommen. Die ökumenische Dynamik unserer Versammlung ist nicht umkehrbar; wir haben sie als hoffnungsvoll für den weiteren Weg unserer Kirchen erlebt. Gottes Geist führt uns als sein Volk zusammen. Wir haben mit vielen Zungen geredet, aber endlich eine Sprache gesprochen. Eine Rückkehr hinter alte Mauern und in alte Spaltungen darf es nicht geben.

Am Pfingstmontag beginnt in Basel die Europäische Ökumenische Versammlung "Frieden in Gerechtigkeit", wo sich Vertreterinnen und Vertreter aller europäischen Kirchen treffen. Unsere Delegation wird die Ergebnisse der Ökumenischen Versammlung in Basel einbringen. Außerdem soll eine "Zukunftswerkstatt" nach Modellen für die Zukunft unseres gemeinsamen Hauses Europa suchen. Diese Versammlung braucht die Fürbitte von uns allen.

Wenn wir Zukunft gewinnen wollen, müssen wir uns der Vergangenheit stellen. Wir bitten Sie, am 1. September 1989 - oder am darauffolgenden Wochenende - im Gedenken an den Kriegsbeginn vor 50 Jahren gemeinsam mit den verschiedenen Gemeinden Ihres Ortes oder Ihrer Region von Kirche zu Kirche einen Weg des Friedens zu gehen.

Wir bitten Sie, auch künftig in ökumenischer Gemeinschaft für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung zu streiten, zu beten und zu arbeiten.

Eine Hoffnung geht weiter. Gott wird uns auf diesem Weg mit seinem Geist und Segen begleiten.

SCHALOM

Die Delegierten der Ökumenischen Versammlung

Brief an die Kinder

Liebe Kinder,

die Erde, auf der wir leben, ist sehr bedroht. Schuld daran sind wir, die Erwachsenen. Aber einige haben es doch noch gemerkt. Deswegen haben sich zum dritten Mal viele Menschen getroffen, um darüber nachzudenken, was zur Rettung der Erde geschehen muß. Das ganz Besondere an diesem Treffen war, daß es Leute sind, die alle an den einen Gott glauben, das aber auf verschiedene Weise tun. Man kann auch Ökumenische Versammlung dazu sagen, und die Leute nennen sich Delegierte. Aber eigentlich sind sie Mütter und Väter, Großväter und Großmütter, Geschwister oder Paten; kurz: es sind Leute, die auch in Eurem Haus wohnen könnten.

Was haben wir gemacht?

Wir haben nachgedacht und gebetet und wieder nachgedacht, was zu tun ist mit einer Welt, die wir Euch ziemlich kaputt übergeben müssen. Dann haben wir die Ergebnisse aufgeschrieben:

Hier sind die wichtigsten:

Wir alle müssen aufpassen, daß es noch lange Zeit Bäume gibt, die in einen blauen Himmel wachsen können.

Wir alle müssen uns dafür einsetzen, daß niemand mehr einen anderen Menschen in einem Krieg erschießt.

Wir alle müssen teilen lernen, daß niemand mehr verhungert.

Wir alle müssen uns darum mühen, daß jeder kleine und jeder große Mensch sicher und geschützt in einer heilen Natur leben kann.

Wenn wir müde geworden sind, sollt Ihr an unsere Stelle treten. Das ist eine schwere Aufgabe, auf die man vorbereitet sein muß. Deswegen haben wir Euch ein wenig von der Ökumenischen Versammlung erzählt.

Glaubt nicht, daß wir alles wissen, aber glaubt, daß wir alles tun wollen.

Wir grüßen Euch und danken, daß Ihr uns zugehört habt.

Friede sei mit Euch - Schalom -

Die Delegierten
der Ökumenischen Versammlung

Übrigens: wir waren in Dresden. Dort hat es oft geregnet und Rauchen im Haus war verboten.

1 - Umkehr zu Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung

Theologische Grundlegung

1. Unsere Situation und Gottes Ruf zur Umkehr
 - 1.1. Unsere Betroffenheit durch die Überlebenskrise der Welt
 - 1.2. Unsere Betroffenheit durch die Situation unserer Gesellschaft
 - 1.3. Gottes Ruf zur Umkehr
2. Umkehr in den Schalom
 - 2.0. Schalom als Grundorientierung
 - 2.1. Umkehr zum Schalom als Frucht der Gerechtigkeit
 - 2.2. Umkehr zum Schalom als Frieden der Völker
 - 2.3. Umkehr zum Schalom der Schöpfung
3. Umkehr als Bundeserneuerung der Kirchen
 - 3.1. Der Bund als Grund und Auftrag für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung
 - 3.2. Die Gemeinschaft der Kirchen im Bund Gottes
 - 3.3. Die Verbindlichkeit des Bundes.

1. Unsere Situation und Gottes Ruf zur Umkehr

1.1. Unsere Betroffenheit durch die Überlebenskrise unserer Welt

- (1) Die Ökumenische Versammlung der Christen und Kirchen in der DDR hat sich bei ihrer ersten Vollversammlung der heutigen Weltsituation zugewandt, um gemeinsam die Herausforderung Gottes an uns wahrzunehmen. Sie hat auf die Zeugnisse der Betroffenheit aus den Gemeinden und der Gesellschaft gehört. Die globale Situation und die Situation unseres Landes sind miteinander verflochten. Wir versuchen, die konkrete Verantwortung in unserem Land im globalen Zusammenhang wahrzunehmen und unsere globale Verantwortung in unserem Lande anzunehmen.

Die heutige Weltstunde, wie sie uns schlägt, ist durch dreierlei gekennzeichnet:

- (2) - Die wissenschaftlich-technische Zivilisation hat sich zunächst in Europa ausgebreitet und überzieht die ganze Welt. So viel an Gutem sie für uns und unsere Welt auch bedeutet, mit dem Übermaß ihrer Erfolge bedroht sie heute zugleich ihr Überleben. Die Gefahr einer atomaren Katastrophe, die Bedrohung durch unumkehrbare ökologische Zerstörungsprozesse und die ökonomische Abhängigkeit und Ausbeutung der armgemachten Länder der Erde geht von den Ländern des Nordens aus, zu denen auch wir gehören.
- (3) - Die Menschheit ist eine Überlebensgemeinschaft geworden, die "auf Gedeih und Verderb" ihr gemeinsames Überleben in und mit der Biosphäre organisieren muß. Informations- und verkehrstechnisch, industriell und ökonomisch, politisch und militärisch hängt alles mit allem zusammen. Zugleich ist die Welt begrenzt, aber in ihr wächst das Konfliktpotential. Konflikte

können jedoch in der globalen Verflochtenheit wie Zunder wirken. Politisches Handeln, auch im lokalen Bereich, trägt daher eine nicht mehr aufkündbare Verantwortung für das Überleben des Ganzen. Der Stellenwert dieser globalen Verantwortung mag für die Völker im Süden, die um ihre Befreiung kämpfen, geringer sein. Wir in Europa, die wir die Kontinente in diese Überlebensbedrohung und Verflochtenheit hineingezogen haben, müssen dafür unsere Verantwortung übernehmen.

- (4) - Zum ersten Mal ist dem Menschen eine derartige Verantwortungs- last aufgeladen. Die Mündigkeit des Menschen, der seine Welt und ihre Zukunft zu verantworten hat, ist mit ihrer ganzen Folgeschwere ans Licht gekommen. Tiefgehende Wandlungs- und Lernprozesse liegen vor uns: von der Vergötzung des Wirtschaftswachstums und der Wirtschaftsmacht zur Solidarität mit den Armen und zur Umverteilung von Macht; von der Friedenssicherung durch Androhung und Ausübung von Gewalt zur Friedensordnung durch Vertrauensbildung, Zusammenarbeit und Abrüstung; von der Gewalt- und Willkürherrschaft über die Natur zur Solidarität und Kooperation mit ihr.

1.2. Unsere Betroffenheit durch die Situation unserer Gesellschaft

- (5) Wir leben in einem sozialistischen Land, das den wissenschaftlich-technischen Fortschritt als kollektive Aufgabe der Gesamtgesellschaft weiterführen und zur immer besseren Befriedigung der ständig wachsenden Bedürfnisse aller nutzbar machen will. Dabei tritt die zentralistische Planung und Leitung und die damit verbundene Bürokratie in Spannung zur politischen Beteiligung, Mündigkeit und Eigeninitiative der Bürgerinnen und Bürger. Die bisher verwirklichte soziale Sicherheit und Gerechtigkeit treten in Spannung zum Leistungsprinzip und zur ökonomischen Produktivität.

Interne Probleme der Wirtschaft und ihr Zurückbleiben hinter westlichem Standard und den durch diesen stimulierten Bedürfnissen der Bevölkerung stehen der Solidarität mit den Entwicklungsländern im Wege. Die ökonomischen Wachstums- und Konsuminteressen dominieren. Sie verdrängen das ökologische Erhaltungsinteresse und verursachen schwerste ökologische Schäden.

Außenpolitisch vertritt unsere Regierung im Verbund des Warschauer Vertrages eine Entspannungs- und Abrüstungspolitik auf der Linie des "neuen Denkens" und des Konzepts der "gemeinsamen Sicherheit". Dem entspricht aber nicht im genügenden Maße die innenpolitische Realität. Sie ist gekennzeichnet durch die Spannung zwischen Staatsapparat und Bevölkerung, durch Konformitätsdruck und Abgrenzung auf der einen, äußere Anpassung und innere Verweigerung auf der anderen Seite.

Die öffentliche, wahrhaftige und rechtzeitige Bearbeitung all dieser Konflikte könnte gerade die Suchbewegung nach einer Umgestaltung des Sozialismus unter den Bedingungen unseres Landes fördern.

- (6) Auch Denken und Handeln von Christen und Kirchen haben zur Heraufkunft dieser gegenwärtigen Weltstunde wesentlich beigetragen. Wir spüren unsere Verstricktheit in die Mächte der Sünde und des Todes und leben mit gespaltenem Bewußtsein eine

widersprüchliche Existenz. Hin und her geworfen zwischen den Allmachtsträumen und Ohnmachtsdepressionen unserer Zivilisation zweifeln wir, ob wir zur Umkehr befähigt und der Verantwortung unserer heutigen Welt gewachsen sind.

1.3. Gottes Ruf zur Umkehr

1.3.1. Gottes Ruf zur Umkehr läßt uns in eine neue Lebensmöglichkeit einkehren.

(7) Die biblische Umkehrbotschaft, wie wir sie vor allem aus dem Munde Jesu hören, ist ein Schlüsselwort für die Bewältigung der skizzierten globalen und lokalen Situation. Sie schließt uns Einsichten und Wege auf, die wir aus der Analyse der Situation nicht gewinnen können, die aber befreiend, klärend und ermutigend in diese Situation hineinwirken. Jesus Christus läßt zur Umkehr ein und ist selbst Gottes Einladung zur Umkehr. Seine Botschaft faßt sich in einem Satz zusammen: "Die Zeit ist erfüllt, das Reich Gottes ist nahe. Kehrt um, und glaubt an das Evangelium!" (Mk 1,15). Umkehr gründet also in der Freudenbotschaft (Evangelium), daß uns die Herrschaft Gottes nahe kommt. Der entgegenkommende Gott schließt uns die Zukunft auf, in die hinein wir Vertrauen wagend umkehren sollen. Als Glaubende wissen wir zwar um die Vergänglichkeit der Schöpfung und um das Ende der Geschichte. Aber damit sind wir nicht auf eine Katastrophe, sondern auf Gottes Zukunft ausgerichtet, in der auch für diese Welt eine Zukunft unter Gottes Weisung offen ist. Daher ist unser Handeln nicht auf einen Weg mit tödlichen Folgen festgelegt.

(8) Umkehr führt nicht - nostalgisch - in die Vergangenheit, sondern - prophetisch - in die Zukunft. Sie wird in der Predigt Jesu, die sich auch in ernststen Warnungen äußern kann, durch die anziehende Güte des entgegenkommenden Gottes erweckt. Auch durch die zu fürchtenden Krisen unserer Welt kommt uns der rettende Gott entgegen, der seine Schöpfung in einem neuen Himmel und einer neuen Erde vollendet (Offb 21,1). Umkehr führt so aus plattem Fortschrittsoptimismus, der alles im Griff zu haben meint, ebenso heraus wie aus lähmender Zukunftsangst (vgl. dazu weiter 2.3.1.).

Diesen belebenden, befreienden und Zukunft eröffnenden Charakter der Umkehrbotschaft vor allem haben Christen und Kirchen in die gegenwärtige Überlebenskrise einzubringen.

1.3.2. Gottes Ruf zur Umkehr deckt die ganze Tiefe der Krise auf.

(9) Die Tiefe der Krise sehen wir Christen in der Abkehr von Gott, die in der Vergötzung vergänglicher Werte und Wirklichkeiten und in der Gefangenschaft unter solchen Mächten zum Ausdruck kommt.

Im Abschreckungssystem haben wir es nicht nur mit einem immer brüchiger werdenden rationalen Sicherheitskalkül, sondern mit dem Idol errüstbarer Sicherheit zu tun. Wenn gegen alles Ge-
rechtigkeitsempfinden in unserer Welt Millionen Menschen in Armut zugrunde gehen und gegen alles vernünftige Lebensinteresse

unsere Mitwelt zerstörerisch ausgebeutet wird, so liegt das an der Vergötzung von Wohlstand und Wirtschaftsmacht und des sie garantierenden Wirtschafts- und Industriesystems, das uns gefangen nimmt.

- (10) Die allenthalben aufsteigende Sinnfrage zeigt diese Dimension der Krise an: unser gesellschaftliches Leben ist von Zukunftsängsten durchsetzt. Die Abschreckungssicherheit macht uns immer unsicherer. Die Steigerung von Konsum und Produktion verschärft nur die Sinnfrage. In der immer mehr durchrationalisierten Welt werden immer gefährlichere Irrationalismen produziert. Das sind Zeichen der Zeit, die uns im Licht des Wortes Jesu sagen, daß Umkehr an der Zeit ist. Die Katastrophe ist da, wenn alles so weitergeht.

Umkehr ist unsere einzige Chance.

- (11) Auch wir Christen lassen infolge unseres Reichtums ungezählte Menschen in wirtschaftlicher Armut und Ohnmacht zugrunde gehen und trennen uns damit von dem Gott der Armen. Auch wir haben uns auf Massenvernichtungsmittel als Grundlage unserer Sicherheit verlassen und uns damit vom Gott des Friedens abgewendet. Auch wir opfern Mitgeschöpfe unseren kurzfristigen Interessen und verleugnen damit den Schöpfer. Dies führt uns zum gemeinsamen Bekennen unserer Schuld:

Wir bekennen, daß wir die Gerechtigkeit Gottes für die rassisch Verfolgten, vor allem für die Juden, die ökonomisch Ausgebeuteten, sozial Schwachen und politisch Unterdrückten nicht entschieden bezeugt, gelebt und politisch vertreten haben. Statt dessen hatten und haben wir an einem Reichtum teil, der faktisch zu Lasten der armgemachten Völker geht. Ist unter diesem Gesichtspunkt die finanzielle Unterstützung unserer Kirchen aus dem Westen nicht teilweise fragwürdig? Denn der Leib Christi wird zerrissen durch den Gegensatz von Reich und Arm.

- (12) Wir bekennen, daß wir in unserer eigenen Geschichte den Kriegen, denen wir im Namen des Evangeliums des Friedens und auch von den Maßstäben der Lehre des gerechten Krieges her hätten wehren müssen, nicht mit der gebotenen Konsequenz widerstanden haben. Statt dessen haben wir uns tief in Militarismus, Nationalismus, die Legitimation von Krieg und Gewalt und das Freund-Feind-Denken verstrickt. Christen haben gegen Christen Krieg geführt, Nation und Staat höher gestellt als den einen Leib Christi, ja sie haben sich durch Glaubenskriege ungläubwürdig gemacht und damit die Einheit des Leibes Christi, der der Leib des Friedens ist, (Eph 2,14-20) zerrissen.

Wir bekennen, daß wir angesichts der neuzeitlichen Entwicklung von Wissenschaft und Technik das Schöpfungshandeln Gottes nicht in Klarheit bezeugt, ja das Schöpfungszeugnis verdunkelt haben. Dadurch sind wir mitschuldig geworden, daß es trotz allem Positiven auch zu Irrwegen und zerstörerischen Folgen von Wissenschaft und Technik gekommen ist.

Wir bekennen, daß wir Gottes Ruf zur Einheit der Kirchen in der Enge unseres Gewissens und der Angst um die eigene Identität nur halbherzig und zögernd gehört und befolgt haben, so daß uns die jetzige Herausforderung zur Umkehr in getrennten Kirchen trifft und das dringliche gemeinsame Handeln in der Weltverantwortung durch die Probleme der zwischenkirchlichen Konsensfindung behindert wird.

- (13) Indem wir dies gemeinsam bekennen, haben wir nicht nur unsere Schuldgemeinschaft, sondern auch die konkrete unterschiedliche Schuld des einzelnen, der Frauen und der Männer, der Alten und der Jungen vor Augen. So wollen wir aus der Verdrängung und Leugnung der Schuld umkehren. Nur das Eingeständnis eigener Schuld vor Gott ermöglicht Umkehr, nur das Bekennen der Schuld vor den Opfern der Gewalt, der politischen Unterdrückung und wirtschaftlichen Ausbeutung eröffnet den Weg der Versöhnung, nur die Erkenntnis der Irrwege schließt Zukunft auf.

1.3.3. Gottes Ruf zur Umkehr meint unser Leben in seiner Ganzheit

- (14) Der Umkehrruf Jesu weist darauf hin, daß die Umkehr zu Gott im Glauben an das Evangelium zur Rettung unseres Lebens führt. Das ist der Kern unserer Hoffnung. Die biblische Umkehrpredigt richtet sich seit den Propheten des AT aber nicht nur an den einzelnen, sondern an das Volk, seine Mandatsträger und Gesellschaftsklassen (z. B. die Reichen). Sie ruft in die Umkehrung zu Gott, die sich konkret auch in Verteidigungs-, Wirtschafts- und Sozialpolitik vollzieht. Der Umkehrruf zielt auf Herz und Verhalten wie auf Verhältnisse. Umkehr hat nicht nur eine biographische Stunde (Bekehrung), sondern auch eine geschichtliche.
- (15) Gerade mit dieser Ganzheitlichkeit spricht die Umkehrbotschaft in unsere Situation. Sie macht klar, daß es heute gilt, zugleich sich selbst, die persönliche Lebensweise, das Leben der Kirche und auch die Strukturen von industrieller Produktion, internationaler Wirtschaft und politischer Friedenssicherung zu prüfen und gegebenenfalls zu verändern.

So wird in den Texten 2 - Solidarität, 4 - Friedenssicherung, 6 - Friedenserziehung, 8 - Lebensweise, 10 - Ökologie/Ökonomie jeweils die persönliche und strukturelle Dimension der Umkehr miteinander thematisiert. In unseren Kirchen müssen wir die Ganzheitlichkeit der Umkehr wiedergewinnen. Deshalb müssen die Strömungen geistlich-persönlicher Erneuerung und sozialetischer Verantwortungsübernahme zusammenfinden.

- (16) Die Schritte der Umkehr in den Fragen der Weltverantwortung, die der Glaube im Hören auf Gottes Ruf vollzieht, begegnen wachsender Sorge und einem Prozeß des Umdenkens auch bei Nichtchristen und insbesondere bei solchen, die politische Verantwortung tragen. Sie begegnen verschiedenen Basisbewegungen wie der ökologischen Bewegung, der Friedensbewegung, der Frauenbewegung und der Dritte-Welt-Bewegung. Sie begegnen politischen Aufbrüchen wie dem "neuen Denken", neuen Betrachtungsweisen in den Naturwissenschaften und der Hinwendung zu alternativen Lebensstilen. Sie können als Schritte eines Lernprozesses in einem kulturellen Umbruch angesehen werden. Viele Christen sehen in ihnen weltliche Entsprechungen zur Umkehr, Entsprechungen, die der Dreieinige Gott in der Menschheit wirkt. Diese Schritte sind anders motiviert, decken sich mit der Umkehr nur teilweise, können aber in dieselbe Richtung des Handelns führen.

Die umkehrende Gemeinde läßt sich von diesen Bewegungen anregen und findet in ihnen Verbündete. Sie sucht mit ihnen nach dem wahrhaft Lebensdienlichen und kämpft mit ihnen gegen die Mächte lebensbedrohlicher Unvernunft.

2. Umkehr in den Schalom

2.0. Schalom als Grundorientierung

- (17) Wir haben gesehen, daß Gerechtigkeit, Frieden und Schöpfungsbe-
wahrung in unserer Weltsituation drei miteinander verflochtene
Probleme sind. Sie stehen aber auch in einem theologischen Zu-
sammenhang. Dies ließe sich von der Gerechtigkeit aus darstellen:
denn nach biblischem Verständnis schafft Gottes Gerechtigkeit
wirklichen Frieden (Röm 5,1), und das ist der Grund für die auch
die Schöpfung umgreifende Hoffnung (Röm 8,19.21); sodann bringt
menschliche Gerechtigkeit Frieden und verantwortlichen Umgang
mit der Schöpfung hervor. Auch von der Schöpfung her ließe sich
das Ganze darstellen: denn der Gesamtzusammenhang von Schöpfung,
Erhaltung und Vollendung umfaßt auch Gerechtigkeit und Frieden.

Wir schlagen "Schalom" als die alle drei Bereiche umfassende
Orientierung vor. An dem Wort Schalom ist uns ein mehrfaches
wichtig:

- (18) - Es entstammt aus der hebräischen Bibel und ist der alltägliche
Gruß des Volkes Israel. Schalom ist auch der Gruß, den Jesus
den Seinen entbietet (Joh 20,19.21) und den die Jünger Jesu
weitertragen sollen (Mt 10,12f). Es erinnert unsere Kirche
an unsere gemeinsame Wurzel in der Heilsgeschichte Gottes mit
dem Volk Israel. Uns Deutsche erinnert es an die Judenverfol-
gung, in der unser Volk mit den Juden zugleich den Schalom
Gottes von sich stieß. Umkehr in den Schalom ist darum für
unser Volk ein Angebot von besonderer Dringlichkeit und
Gnade.
- (19) - Schalom ist in den biblischen Überlieferungen ein überaus
vielschichtiger Begriff. Er reicht hinaus über das, was wir
normalerweise mit dem Wort "Frieden" ausdrücken. Er meint so-
viel wie: Ganzsein, Heilsein, Wohlsein. Schalom ist Frucht
der von Gott geschenkten Gerechtigkeit und gewinnt wahrhaftig
Gestalt, wo die Gerechtigkeit Gottes Menschen zueinander in
die neue Beziehung der Liebe treten läßt (vgl. Jes 32,17
zusammen mit Mt 5,20ff; Röm 6,18; 12,10f). Schalom meint den
Frieden des einzelnen mit Gott sowie Frieden, der Menschen
und Völker miteinander verbindet. Er ist der verheißene Friede
der ganzen Schöpfung, wie ihn Gott am Ende der Geschichte
heraufführen wird. Schalom ist auf die Schöpfung bezogen auch
dadurch, daß Gott den Chaosmächten wehrt und die Schöpfung im
Schalom bewahrt (vgl. Ps 29). Schalom hat, wer weise ist und
mit Gottes Ordnungen und Walten in der Schöpfung rechnet
(vgl. Ps 37,37f).
- (20) - Gottes Schalom meint das Ganzsein des Lebens in heilen Be-
ziehungen, wie es in der Schöpfung angelegt ist und in Gottes
rettendem Handeln hergestellt wird. Dies hat entscheidende
Bedeutung für unseren heutigen Umgang mit der Wirklichkeit.
Die Ökologie lehrt nämlich, die Natur als ein Geflecht von
Kreisläufen zu verstehen, in das wir eingebunden sind. Der
Friede kann in unserer wechselseitig verflochtenen Welt nicht
gegeneinander errüstet, sondern nur miteinander vereinbart
werden, er muß also kommunikativ und kooperativ verstanden

verstanden werden. Gerechtigkeit schließlich ist das gemeinschaftsgerechte Verhalten in der Überlebensgemeinschaft der Menschheit, in der auch die Rechte des einzelnen zur Geltung kommen müssen. Der Schalom Gottes ist eine geradezu revolutionäre Einweisung zu neuem Verhalten in dieser Wirklichkeit.

(21) - Im Schalom als von Gott verheißener endzeitlicher Wirklichkeit sind Schöpfung, Geschichte und Reich Gottes, Heil und Wohl, Gottes und des Menschen Handeln zu einem Ganzen verbunden. Die in Christus und im Glauben an ihn bereits gegenwärtige Schalom-Wirklichkeit will schon jetzt in alle Bereiche des Lebens ausgreifen, und wir nehmen eine Sehnsucht nach dieser Wirklichkeit allenthalben wahr (vgl. oben 1.3.3.). Wir leben aber in einer Welt, in der das Gesetz der Sünde und des Todes noch nicht überwunden ist.

(22) So unterscheiden sich die Gerechtigkeit und der Friede, die wir in der Welt herstellen können, von dem Frieden und der Gerechtigkeit des Reiches Gottes. Die Schöpfung wird weiter unter dem Gesetz von Kampf und Sterben stehen. Jeder Versuch, in der Welt das endgültige Friedensreich zu errichten, enthält in sich die Gefahr, in Totalismus, Selbstüberforderung und Zwang einzumünden.

Dennoch gibt es Entsprechungen zwischen dem von Gott geschenkten und verheißenen Schalom und der in der Welt möglichen Ordnung und Schöpfungsbewahrung. Christen, die um Gottes Verheißung wissen, können und dürfen die Gestalt der Welt nicht dem Selbstlauf überlassen. Wir wissen, daß Gott Gerechtigkeit und Frieden auch in dieser Welt will, und daß dazu die Bewahrung der Schöpfung gehört.

Weil sie um das Kreuz wissen, lassen Christen sich auch durch Fehl- und Rückschläge nicht entmutigen, sondern vertrauen auf je neue Möglichkeiten, die Gott heraufführen wird. Sie wissen um Irrwege und Fehlentscheidungen auch bei bestem menschlichen Bemühen. So wie sie selbst immer neuen Mut aus erfahrener Vergebung finden und auf Barmherzigkeit angewiesen sind, sind sie auch barmherzig gegenüber anderen, die sich um die Gestaltung unserer Welt mühen.

2.1. Umkehr zum Schalom als Frucht der Gerechtigkeit

2.1.1. Schalom ist die Frucht der Gerechtigkeit (Jes 32,17).

(23) Das biblische Verständnis von Gerechtigkeit ist an Gottes rettendem Handeln orientiert: "Ich habe das Elend meines Volkes in Ägypten gesehen und ihre Klage über ihre Antreiber habe ich gehört. Ich kenne ihr Leid. Ich bin herabgestiegen, um sie der Hand der Ägypter zu entreißen" (Ex 3,7). Gottes Richten und Gerechtigkeit sind nicht ein neutrales Urteilen, sondern ein Handeln, das in einem Konflikt zwischen Ungleichen rettend und befreiend für die Schwachen und Unterdrückten eintritt. Dem Volk befreiter Sklaven gibt Gott ein Recht, das es darauf verpflichtet, den Schwachen und Rechtlosen, den Armen und Fremden, den Witwen und Waisen Recht zu schaffen (Ex 21-23,9). Aus der Gesellschaft befreiter Sklaven darf nicht wieder Sklavenhaltergesellschaft werden. Auch in Israel aber sammelt sich Macht und

Reichtum in der Hand Weniger auf Kosten der Verarmenden und Unterdrückten. Dagegen wendet sich die prophetische Kritik. "Den Schwachen und Armen verhalf er zu Recht. Heißt das nicht, mich wirklich erkennen? - Spruch Gottes" (Jer 22,16).

- (24) Das Kommen des Gottes dieser Gerechtigkeit steht im Mittelpunkt des NT. Indem die Gottesherrschaft kommt, widerfährt den Armen, den Leidenden und den nach Gerechtigkeit Hungernden Heil (Mt 5,1ff; Lu 6,20-23). Jesus lebt die Nähe der Gottesherrschaft in der Zuwendung zu den Armen, Kranken, Ausgeschlossenen und Schuldiggewordenen. So verkündet er frohe Botschaft für die Armen (Mt 11,5). Zur Gottesherrschaft umkehren heißt daher, dieser Gerechtigkeit Priorität geben vor der Sorge um Existenzsicherung und Wachstum (Mt 6,24-34). Die nachösterliche Gemeinde aber bezeugt, daß Gottes rettende Gerechtigkeit durch die Selbsthingabe Jesu Christi unsere Beziehung zu Gott zurecht gebracht hat, so daß wir uns nun mit all unseren Fähigkeiten seiner Gerechtigkeit zur Verfügung stellen können im Dienst der Liebe an denen, die Hilfe brauchen (Röm 1,17-6,23).
- (25) So soll die Gemeinde Jesu Christi eine Solidargemeinschaft mit den Armen sein, in welcher Macht und Herrschaft im Zeichen des Dienstes kritisiert und abgebaut werden, der Weg der Gewaltlosigkeit gegangen wird und Zeichen einer Gemeinschaft des miteinander Teilens und der Teilhabe aufgerichtet werden (Mk 10,42-45; Mt 5,5; 11,25-30; Lk 19,1-10).
- (26) 2.1.2 Ist Schalom die Frucht der Gerechtigkeit, so muß der Friedensdienst unserer Kirchen im Ost-West-Konflikt mit dem Dienst an der Gerechtigkeit im Nord-Süd-Konflikt verbunden sein.
Der Rüstungsaufwand in Ost und West ist schon darum unverantwortbar, weil er das Brot der Armen verschlingt. Würde der Ost-West-Konflikt so abgebaut, daß damit nur dem Interesse der Staaten im Norden gedient, das ökonomische Nord-Süd-Gefälle aber zementiert würde, so widerspräche das dem Schalom als dem gerechten Frieden.
- (27) Ebensowenig können die Kirchen einen Frieden der nationalen Sicherheit gutheißen, der durch Unterdrückung aufrecht erhalten wird. Schalom schließt den Befreiungskampf für Gerechtigkeit ein und die Friedhofsruhe eines ungerechten Unterdrückungsregimes aus. Freilich stellt sich im Befreiungskampf das Problem der Gewaltanwendung (vgl. dazu 2.2.):
- (28) Unter dem Kriterium der Gerechtigkeit im Nord-Süd-Konflikt haben wir zu prüfen, ob und wie die Wirtschaft und Wirtschaftspolitik unseres Landes beteiligt ist an den Mechanismen, die weltwirtschaftliche Ungerechtigkeit hervorbringen, was in unserem Land gegen diese Mechanismen getan wird und welche konkreten Schritte zu mehr Gerechtigkeit gegangen werden können. Das wird in dem Text 2.1. - Solidarität ausgeführt.
- (29) Zur Herstellung internationaler ökonomischer Gerechtigkeit bedarf es einer gerechten und rechtlich bindenden Weltwirtschaftsordnung, für die sich die Kirchen einsetzen müssen. Auf dem Weg dahin vertreten wir als Grundorientierung für die von uns zu treffenden oder mit zu vollziehenden Entscheidungen
eine vorrangige Option für die Armen.

Das bedeutet: die Entscheidung in ökonomisch-politischen Fragen und in Fragen des persönlichen Lebensstils müssen auch in ihrer Verflochtenheit mit dem Problem der Zwei-Drittel-Welt (1) verstanden werden und vor den Armen verantwortbar sein.

- (30) Die Kirchen haben in diesem Prozeß die Aufgabe, ein Anwalt der Armen zu sein, was sie nur können, wenn ihr eigenes Handeln vor den Armen verantwortbar ist. Zu der vorrangigen Option für die Armen gehört weiter, daß wir uns nicht auf den Konsumstandard westlicher Überflußgesellschaften fixieren, sondern von dem spirituellen Reichtum der Kirchen der Armen lernen. Aus der vorrangigen Option für die Armen folgt z. B., daß sich unser Lebensstandard nicht zu Lasten der Solidarität mit den Armen erhöhen darf (vgl. 2.1. - Solidarität).

2.1.3. Gerechtigkeit stellt sich auch als innergesellschaftliche Aufgabe in der DDR.

- (31) Gerechtigkeit stellt sich in der DDR als die Aufgabe, dem Gemeinwohl aller zu dienen. Die sozialistische und kommunistische Bewegung versteht sich von ihrem Ursprung her als eine Hoffnungsalternative zum Kapitalismus. Gerechtigkeit gilt für sie als Ziel eines Geschichtsprozesses, durch welchen die freie Entwicklung eines jeden als Bedingung der freien Entwicklung aller ermöglicht wird. Wir Christen wissen uns von der Bibel her verpflichtet, durch unseren Einsatz für Gerechtigkeit dem Gemeinwohl zu dienen. Die vollkommene Gerechtigkeit ist für uns das vollendete Reich Gottes; Deshalb bleibt sie für uns innergeschichtlich eine Utopie. Wir suchen aber die Zusammenarbeit mit allen Menschen guten Willens, die sich um die Verwirklichung von Gerechtigkeit mühen. Kriterium für wahre Gerechtigkeit ist für uns die Solidargemeinschaft mit dem schwächsten Glied unserer Gesellschaft. Wir messen die wirkliche Freiheit derer, die alle Möglichkeiten der Selbstentfaltung haben, an der Befreiung derer, die in ihrer Selbstentfaltung und Selbsteinbringung für das Gemeinwohl behindert werden (vgl. 3 - Gerechtigkeit in der DDR). Die bedrohte Menschheit als ganze braucht Formen menschlichen Zusammenlebens, die dem gemeinsamen Überleben dienen. Auf der Suche danach sind soziale und ökonomische Modelle nötig, die mehr Gerechtigkeit und zugleich Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger verwirklichen. Um dieser Hoffnung heute näher zu kommen, bedarf auch der in der DDR existierende Sozialismus einer Umgestaltung (vgl. 3 - Gerechtigkeit in DDR).
- (32) Die ist erforderlich in Richtung auf mehr Demokratie, denn Bürokratismus, Zentralismus, unzureichende Kontrolle der Macht, Undurchschaubarkeit vieler Entscheidungen und Institutionen behindern die Mündigkeit und eigenverantwortliche Mitarbeit der Bürgerinnen und Bürger.

Umgestaltung ist erforderlich in Richtung auf mehr Offenheit auch im weltanschaulichen Bereich und eine dementsprechende Kultur des Meinungsstreites, denn das Abgrenzungsdenken, die Verbindung des Machtmonopols der Partei mit dem ideologischen Wahrheitsmonopol und die Selbstrechtfertigungszwänge des Staates, in die er durch seine eigenen Glücksversprechungen gerät, verhindern die Bildung einer bewußten und kritischen Öffentlichkeit.

Umgestaltung ist erforderlich in Richtung auf mehr Rechtlichkeit, welche die individuellen Menschenrechte im Rahmen der Basisrechte

und Teilnahmerechte klarer definiert und unabhängige gerichtliche Instanzen schafft, denn bürokratische Entscheidungen und das Eingabewesen machen die Bürgerinnen und Bürger abhängig und zu Bittstellern. Wenn den Bürgerinnen und Bürgern zugemutet werden muß, aus politischen Gründen auf die volle Wahrnehmung bestimmter Menschenrechte (z. B. Freizügigkeit) vorübergehend zu verzichten, so ist dies nur auf der Basis einer klaren und kontrollierbaren Rechtllichkeit und Gleichheit vertretbar.

Umgestaltung ist erforderlich in Richtung auf eine neue Prioritätensetzung. Bleibt die sozialistische Gesellschaft mit den westlichen Gesellschaften unter der Vorherrschaft ökonomischer Zielsetzungen, bleiben Wirtschaftswachstum, Produktivitätssteigerung, Befriedigung wachsender Konsumbedürfnisse die herrschenden Werte, so wird die überlebenswichtige Umgestaltung und Umkehr zu Gerechtigkeit, Frieden und Schöpfungsbewahrung verfehlt und verhindert (vgl. 8 - Lebensweise). Die Rolle des Staates als Bedürfnisbefriediger legt die Bürgerinnen und Bürger auf die Rolle des Trägers von Bedürfnissen fest und kultiviert dadurch steigendes Anspruchsdenken. Ökonomie muß in Ökologie und in die sozialen und politischen Zielsetzungen gerechten und friedlichen Zusammenlebens eingeordnet werden (vgl. 10 - Ökologie/Ökonomie).

2.2. Umkehr zum Schalom als dem Frieden der Völker

- (33) 2.2.1. Das AT bezeugt die Hoffnung auf den Frieden der Völker, der von der Herrschaft der Gerechtigkeit Gottes ausgeht. (Vgl. dazu Jes 9,5-6; 32,17-18; PS 72; Mi 4,1-5 u. a.). Im AT legt "Schalom" das Heil aus, das Jesus Christus gebracht hat. Sein Kommen bedeutet Frieden auf Erden für alle Menschen (Lk 2,14). Der Friede erwächst aus der rettenden Gerechtigkeit, durch die Gott unser Leben zurechtbringt (Röm 5,1). Er erwächst aus der Versöhnung zwischen Gott und Mensch, die zugleich Versöhnung über innerweltliche Konfliktgrenzen hinweg stiftet (Eph 2,14ff).
- (34) Dieser Friede wird sich als Völkerfriede erst mit der Vollendung des Reiches Gottes ganz verwirklichen. Aber in der Hoffnung darauf und aus dem in Christus unter den Bedingungen einer noch von Konflikten und Gewalt gezeichneten Welt Werkzeug des Friedens sein (Mt 5,6; Röm 12,17-21). "Kirche des Friedens werden heißt, das zu leben, was die Kirche durch das Gnadenangebot Gottes in Jesus Christus eigentlich schon immer ist: Versöhnungsgeschehen zwischen Gott und Mensch, geschwisterliche Gemeinschaft zwischen Menschen, Friedenszeichen trotz fortbestehender Feindschaften in dieser Welt" (vgl. 7 - Kirche des Friedens 1.1.).
- Der Weg dieses Friedens ist durch Gewaltfreiheit, Dienstbereitschaft und konfliktfähige Feindesliebe geprägt (Mt 5,39ff; Mk 10,42ff). Die Hoffnung auf eine gewaltfreie Friedensordnung, die sich im AT andeutet, wird durch Wort und Weg Jesu ins Zentrum gerückt und ist von der christlichen Gemeinde exemplarisch zu leben (Mi 4,1-5 u. Mt 5,1-16). Das steht im scharfen Gegensatz zu dem Zwangs- und Gewaltfrieden des Römischen Reiches, dem Konzept der pax romana. Gerade in der heutigen Situation, wo um der Humanisierung politischer Macht willen Gewalt abgebaut werden muß, kommt dem gewaltfreien Friedensweg Jesu neue politische Bedeutung zu.
- (35) 2.2.2. Dieser Frieden ist in der Welt der modernen Massenvernichtungsmittel zu bezeugen, in der Institution des Krieges als nicht mehr taugliches Instrument internationaler Konfliktlösung überwunden werden muß. Die Erfahrungen mit dem die Abrüstung eskalierenden Ab-

schreckungssystem fordern Abrüstung und den Übergang zu einem System der politischen Friedenssicherung (vgl. 4 - Friedenssicherung). Schalom als Beziehungswirklichkeit weist auf ein kommunikatives, kooperatives Friedensverständnis. Eine politische Entsprechung dazu bildet das Konzept der "Gemeinsamen Sicherheit". Es besagt, daß der Friede nicht gegeneinander errüstet, sondern nur miteinander vereinbart werden kann.

(36) Mit der notwendigen Überwindung der Institution des Krieges kommt auch die Lehre vom gerechten Krieg, durch welche die Kirchen den Krieg zu humanisieren hofften, an ein Ende. Daher muß schon jetzt eine Lehre vom gerechten Frieden entwickelt werden, die zugleich theologisch begründet und dialogoffen auf allgemein menschliche Werte bezogen ist. Dies im Dialog mit Andersglaubenden und Nichtglaubenden zu erarbeiten, ist eine langfristige ökumenische Aufgabe der Kirchen.

(37) In der Zeit des Übergangs bis zu einem umfassenden System politischer Friedenssicherung treten wir vorrangig für gewaltfreie Wege des Friedensdienstes ein. Zwar ist Wehrdienst mit der Waffe mit dem Ziel der Kriegsverhütung im Prozeß der Abrüstung als vertretbarer Weg für Christen noch nicht auszuschließen, aber der gewaltfreie Weg des Friedens Christi und die schon erkennbare politische Vernünftigkeit gewaltfreier Konfliktregulierung weisen Kirchen und Christen vorrangig auf gewaltfreie Wege des Friedensdienstes.

Als Grundorientierung in den Fragen des Friedens vertreten wir deshalb

eine vorrangige Option für die Gewaltfreiheit

Sie ist geltend zu machen in öffentlicher Urteilsbildung und Stellungnahmen, wie in der Beratung Wehrpflichtiger und dem Eintreten für einen alternativen zivilen Dienst (vgl. 5 - Wehrdienst). In der Friedenserziehung finden sie ihren Ausdruck in der Überwindung von Vorurteilen und Feindbildern und der Befähigung zu friedlicher Konfliktlösung (vgl. 6 - Friedenserziehung). Sie leitet die Kirchen in ihrem Bemühen, Kirchen des Friedens zu werden (vgl. 7 - Kirche des Friedens), dazu an, in all ihrem Engagement selbst dem gewaltfreien Friedensweg Jesu zu folgen.

(38) 2.2.3. Im Schalom, der unsere Beziehungen heilt, erkennen wir die Verheißung für unsere wechselseitig verflochtene Welt, die zugleich eine Welt wachsender Konflikte ist. Die Menschheit muß sich in ihrer Verflochtenheit als Überlebensgemeinschaft organisieren (vgl. 1.1.) in einer verbindlichen Rechtsgestalt, die den Schwächeren schützt und Konflikte politisch löst. Leitbild sollte dafür die Schalomgemeinschaft offener partnerschaftlicher Beziehungen sein.

Die eine Christenheit, aus Juden und Heiden erwählt, ist als der Leib Christi, der unser Schalom ist, der Leib des Schalom (Eph 2,14ff). Aus Frauen und Männern, unterschiedlichen kulturellen Traditionen, Klassen und Rassen zusammengesetzt, ist sie berufen, "Hoffnungszeichen für die Einheit der Menschheit" zu werden. Als Glieder dieser Schalomgemeinschaft sollen Kirchen, Gemeinden und Christen bei ihrem Engagement vor Ort in die Weite dieses globalen Verantwortungshorizontes hineinwachsen. Sie sollen die ökumenischen Beziehungen friedenspolitisch wirksam machen, für die Stärkung der Vereinten Nationen, für innerstaatliche Geltung

internationalen Rechts und für rechtliche Instrumente nationaler Konfliktlösung eintreten.

So vertreten wir

die Verpflichtung der Christen und Kirchen für einen ökumenischen Friedensdienst.

Dieser ökumenische Friedensdienst entspricht der Priorität, die heute der menschlichen Überlebensverantwortung vor allen partikularen Interessen zukommt. In ihm verwirklicht sich zugleich die vorrangige Option für die Armen, die Gewaltfreiheit und den Dienst für den Schutz und die Förderung des Lebens (vgl. 2.3.3.).

2.3. Umkehr zum Schalom der Schöpfung

2.3.1. Der Schalom umgreift die ganze Schöpfung.

- (39) Die Schöpfungsdarstellung in Gen 1 und die Schöpfungspsalmen (z. B. Ps 104) entwerfen das Bild einer heilen Schöpfungsgemeinschaft in wohlgeordneten Lebensräumen. Diese biblische Sicht findet Entsprechung im heutigen ökologischen Denken.

Der Mensch als Frau und als Mann ist einerseits Glied der Schöpfungsgemeinschaft, andererseits als Ebenbild Gottes der Haushalter über die ihm anvertrauten Mitgeschöpfe. Seine Herrschaft ist am Leitbild des gerechten Königs orientiert, der Schalom in der Schöpfung wirkt (Ps 72).

- (40) Im Noachbund wahrt Gott den Schöpfungsfrieden unter den Bedingungen der in die Schöpfung eingebrochenen Gewalt, indem er einen Bund mit allem Lebendigen schließt, für die fragliche Zukunft der Schöpfung einsteht und den Dienst am Weitergehen des Lebens verbindlich macht (Gen 9). Die prophetischen Verheißungen weisen darüber hinaus zur Vollendung der Schöpfung in der Heilung ihrer Konflikte und der Fülle des Lebens (Jes 11,5-9; 32,15-20; Hos 2, 20ff; 14,2ff).

- (41) Das NT nimmt diese Verheißung auf und sieht sie in Christus verbürgt. Der Friede und die Versöhnung, die er gebracht hat, tragen die Schöpfung (Kol 1,20). In der verheißenen Befreiung der Söhne und Töchter Gottes gründet die Befreiungshoffnung für die leidenden Mitgeschöpfe. So werden die Christen in eine Hoffnungs-solidarität mit der leidenden Schöpfung gerufen (Röm 8,19ff). Das liegt auf der Linie der rettenden Gottesgerechtigkeit für die Leidenden und auf der Linie der Kreuzesnachfolge, die sich unter das Kreuz der Leidenden beugt. So zeigt sich auch hier der unlösbare Zusammenhang von Gerechtigkeit, Frieden und Schöpfungsverantwortung.

- (42) Die Bibel bezeugt die Endlichkeit der Schöpfung. Ihr Ende ist zugleich die Krise (krisis griech.: Gericht) der Sünde und aller gott- und schöpfungswidrigen Mächte. So schärft das Ende der Welt den Ernst der Umkehr ein. Die Endlichkeit unseres Lebens und der Welt ernst zu nehmen und anzunehmen, haben wir besonders nötig, weil der Fortschrittsglaube dies verdrängt hat. Die Bejahung der eigenen Grenzen aber gehört zur Geschöpflichkeit und Menschlichkeit.

Die christliche Botschaft bewahrt uns aber zugleich vor einer lähmenden Fixierung auf das Ende und seine Krisen und es wider-

steht einem apokalyptischen Fatalismus. Denn das Ende der Welt ist auch als Ende das Werk des Schöpfers, der seine Schöpfung vollenden will. Das Ende, das Gott der Welt bereitet, ist also nicht ein Ende, in dem das Chaos über den Schalom triumphiert und die rettende Gerechtigkeit Gottes vor den zerstörerischen Folgen menschlichen Machtmißbrauchs kapituliert, sondern es ist als Gottes Werk die Kehrseite der Vollendung. Darum kann die christliche Gemeinde in jedem Gottesdienst die Schöpfungsvollendung vorwegnehmend feiern. Weil sie die Welt auch in ihrem Ende der Schöpfer treue Gottes anvertraut, kann es in einem altkirchlichen Gebet sogar heißen: "Es vergehe die Welt und es komme dein Reich!". So macht uns gerade das Wissen um unsere Endlichkeit und Begrenztheit nicht zynisch oder resignativ, sondern aktiv zu konkretem Tun des Gerechten und zur Arbeit an Vorzeichen und Gleichnissen der Vollendung mitten im Alltag der Welt.

2.3.2. Umkehr in den Schöpfungsfrieden heißt, aus Verengungen des Denkens zur Ganzheitlichkeit umkehren.

- (43) "Bewahrung der Schöpfung" ist nicht auf die ökologischen Probleme im engeren Sinne einzuschränken. Sie thematisiert vielmehr die Ganzheit der Schöpfung und umfaßt auch die Aspekte der Gerechtigkeit und des Friedens. Die Menschheitsgeschichte, in der um Frieden und Gerechtigkeit gerungen wird, ist ein Teil der Geschichte der Schöpfung und die Heilsgeschichte Gottes mit dem Menschen mündet in die Vollendung der Schöpfung.
- (44) Zu dieser Ganzheitlichkeit müssen wir umkehren aus Verengungen, die es im europäischen Denken auf den Menschen, seine Gottesbeziehung, seine Seele, "Existenz" oder Persönlichkeit gibt. In der wissenschaftlich-technischen Wahrnehmung der Welt haben wir von einem instrumentellen Denken, das die Mitgeschöpfe zum bloßen Objekt für das Subjekt Mensch macht und ihren Wert auf ihren Nutzwert für den Menschen beschränkt, zu einem kommunikativen Denken umzukehren. Wir müssen uns als Glieder der Schöpfungsgemeinschaft verstehen, den Eigenwert der Mitgeschöpfe und das verletzbare Gleichgewicht ökologischer Systeme respektieren. Im Konflikt Mensch/Natur Solidarität mit dem schwächeren Konfliktpartner üben heißt, allen lebenden Organismen artgerechtes Leben zu ermöglichen (vgl. 8 - Lebensweise und 10 - Ökologie/Ökonomie).
- (45) Für die Fragen des Völkerfriedens heißt dies, daß militärische Rüstung mit ABC-Waffen auch darum unverantwortbar ist, weil hier die eigene Sicherheit auf Kosten der von Massenvernichtung bedrohten Mitgeschöpfe gesucht wird.
- Für die Fragen der Gerechtigkeit bedeutet es, daß sie innerhalb der ökologischen Rahmenbedingungen und Grenzen wirtschaftlichen Wachstums hergestellt werden muß. Die Kosten sozialer Gerechtigkeit dürfen wir nicht den Mitgeschöpfen aufladen, um uns selbst Lebensstiländerungen zu ersparen. Der neuzeitliche Weg, den Mangel durch immer extensivere und intensivere Ausbeutung der Natur und ihre totale Beherrschung zu überwinden, muß korrigiert werden. Soziale Gerechtigkeit muß durch umweltverträgliche Wirtschaft erreicht werden.

2.3.3. Umkehr in den Schöpfungsfrieden heißt, vom Machtdenken zur Solidarität mit den Mitgeschöpfen umkehren.

- (46) Die Menschheit, die sich in ihrer Entwicklung von der Übermacht der Natur emanzipiert und sich Mitgeschöpfe dienstbar machen mußte, hat sich die Natur so weitgehend unterworfen, daß jetzt die Mitgeschöpfe von der Barmherzigkeit des Menschen abhängen. Verringerung der Gewalt, schonende Technik, Sparsamkeit im Verbrauch von Ressourcen sind um des gemeinsamen Überlebens willen geboten. Damit gewinnt das biblische Zeugnis von der befreienden Gerechtigkeit, die sich den Leidenden zuwendet, eine neue Bedeutung für unseren Umgang mit den Mitgeschöpfen. Die biblische Kritik an einer fehlgeleiteten wissenschaftlich-technischen Zivilisation, an deren Wiege der Satz von Francis Bacon stand: Wissen ist Macht. Daß die Sanftmütigen, die Gewaltfreien das Land bzw. die Erde besetzen werden (Mt 5,5), ist heute eine Verheißung von nicht nur friedenspolitischer, sondern auch ökologischer Bedeutung. In dem Kreuz Jesu, als der gewaltfreien Überwindung der Gewalt, liegt so auch Hoffnung für die leidenden Mitgeschöpfe.

Umkehr zum Schöpfungsfrieden bedeutet daher Umkehr von der Vorherrschaft des Machtdenkens zum Vorrang des solidarischen Denkens zum Denken vom Schwächeren her; von der Überbewertung des Täterseins zur Bereitschaft mit zu leiden.

Von hier aus ist auch die weltanschauliche Überbewertung der Arbeit im dialektischen Materialismus als zentrale anthropologische Kategorie, die auch die Sicht des Mensch-Natur-Verhältnisses bestimmt, anzufragen.

- (47) So vertreten wir als Grundorientierung in der Schöpfungsverantwortung

eine vorrangige Option für den Schutz und die Förderung des Lebens.

Diese Option ist im Spannungsfeld von Ökonomie und Ökologie geltend zu machen als vorrangiges Eintreten für das ökologische Erhaltungsinteresse vor dem ökonomischen Wachstums- und technischen Machbarkeitsinteresse. Sie weist in die Richtung einer umweltverträglichen Ökonomie in der Einheit von Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik (vgl. 10 - Ökologie/Ökonomie).

Da die Energiewirtschaft der Hauptindex für den Machtgebrauch des Menschen gegenüber der Natur ist, muß die Option auf umweltverträglichere Wege der Energieumwandlung und -anwendung führen (vgl. 11 - Energie).

In diesen Fragen wird das Experimentieren mit Alternativen zu fördern sein (z. B. ökologischer Land- und Gartenbau, erneuerbare Energien). Es wird aber auch vor ökologischer Romantik und der Illusion von Totalalternativen zur Industriegesellschaft zu warnen und demgegenüber darauf zu achten sein, daß die Veränderungsimpulse mit dem Produktionsprozeß vermittelbar sind und so für ihn verändert werden können. Zu dem allen ist eine ausreichende Information notwendig (vgl. 12 - Information):

Die vorrangige Option für den Schutz und die Förderung des Lebens will Wertvorstellungen und Lebensweisen verändern. Sie will z. B. die Einsicht wecken, daß für die Lebensqualität gelingende

mitmenschliche Beziehungen Vorrang vor Besitzsteigerung haben, Kommunikation vor Konsum geht, eine wohnliche Umwelt lebenswichtiger ist als die Befriedigung vieler künstlich erzeugter umweltbelastender Bedürfnisse (vgl. 8 - Lebensweise).

Schließlich läßt uns diese Option eintreten für das Leben, wo es besonders schutzlos, vernachlässigt oder der solidarischen Hilfe bedürftig ist, wie das ungeborene Leben, die älteren Menschen, die Behinderten, die psychisch Kranken, die Sterbenden und das den neuen Möglichkeiten der angewandten Biowissenschaften ausgesetzte Leben (vgl. 9 - Leben bewahren).

3. Umkehr als Bundeserneuerung der Kirchen

- (48) Der Ruf zur Umkehr in den Schalom richtet sich nicht nur an einzelne, sondern an das Volk Gottes und die Kirchen. Subjekt der Umkehr sind die einzelnen Christen, die häufig vereinzelt in der säkularen Gesellschaft leben, aber auch die Kirchen in ihren mannigfaltigen und unterschiedlichen Sozialgestalten (vgl. 7 - Kirche des Friedens). Die kirchliche Dimension dieser Umkehr finden wir im biblischen Bundesgedanken ausgesprochen: im Bund verbündet sich Gott mit seinem Volk und sein Volk läßt sich auf Gottes Gerechtigkeit, Frieden und Schöpferwalten gründen. Deshalb sollen die Kirchen Kirchen des Schalom werden.

3.1. Der Bund als Grund und Auftrag für Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung

- (49) Der Bundesgedanke ist in der Bibel eng mit Gerechtigkeit, Frieden und Schöpfungsbewahrung verknüpft. Der Bund Gottes mit dem Volk Israel gründet in Gottes rettender Gerechtigkeit und verpflichtet das Volk zur Solidargerechtigkeit gegenüber den Schwachen. Der Bund stiftet Schalom als heile Beziehung, und "Friedensbund" ist von daher eine häufige Wortverbindung (Jes 54,10 u. ä.). Der Bund schließt im Noachbund die ganze Schöpfung ein und verheißt ihre Bewahrung.

Es ist die Botschaft des NT, daß Gott im Kreuz Jesu Christi den Neuen Bund für alle Menschen gestiftet hat. In ihm werden Menschen zur Gemeinde des Neuen Bundes vereinigt. Dieser Bund, den die Gemeinde zentral in der Eucharistie feiert, schließt ein Ethos der Gerechtigkeit (Teilen mit Armen), des Friedens (geschwisterliche Gemeinschaft) und der Schöpfungsbewahrung (Brot und Wein als sakramentale Gaben) ein.

- (50) So wird im Bundesgedanken deutlich, daß Gerechtigkeit, Frieden und Schöpfungsbewahrung nicht zuerst eine ethische Verpflichtung der Kirche ist, sondern eine aus der Quelle ihrer Sendung kommende Wirklichkeit, der sie sich selbst als Kirche verdankt. Sie bezeichnet nicht primär eine moralische und politische Anstrengung, wie sie heute für viele gesellschaftliche Gruppen und Bewegungen kennzeichnend ist, sondern das, was Kirche im Innersten und Eigentlichen noch vor ihrem Handeln zur Kirche macht. Zugleich ist damit klar, daß die Kirche auch, indem sie sich für Gerechtigkeit, Frieden und Schöpfungsbewahrung einsetzt, bei ihrer eigentlichen Sache ist.

3.2. Die Gemeinschaft der Kirchen im Bund Gottes

- (51) Die Ökumenische Versammlung wird von Kirchen gebildet, die noch nicht volle Gemeinschaft haben. Aber alle Kirchen gründen in

dem einen Neuen Bund, sie sind eins in ihrem Bekenntnis zu Jesus Christus. Unsere Kirchen wissen sich durch den Ruf der Umkehr gemeinsam herausgefordert und suchen nach Wegen gemeinsamen Zeugnisses und Dienstes. Dabei werden wir vor neue Fragen gestellt, die ohne Beispiel in der Geschichte sind und auf die daher die Lehrtraditionen unserer Kirchen keine Antwort geben. Die neuen Möglichkeiten und moralischen Ratlosigkeit im Bereich der angewandten Biowissenschaften stehen als ein Beispiel für vieles. Wir bringen unsere kirchlichen Traditionen als Beiträge zur Problemlösung in das gemeinsame Gespräch ein, indem wir nach Gottes weiterführender Weisung suchen. In diesem Prozeß gemeinsamen Fragens und Handelns wird uns das Getrenntsein unserer Kirchen am Tisch des Herrn am schmerzlichsten bewußt, denn an ihm feiern wir alle den neuen Bund der Gerechtigkeit, des Friedens und Schöpfungsbewahrung.

(52) Als Kirchen, die in Christus auf Grund vielfacher Gegebenheiten schon eins sind, aber noch nicht in voller Gemeinschaft stehen, erstreben wir eine Überwindung unserer noch bestehenden trennenden Unterschiede in der Lehre und in der Praxis des geistlichen Amtes und der Sakramente, um zur vollen Gemeinschaft zu gelangen. Dabei steht allen Kirchen eine Gemeinschaft vor Augen, in der die verschiedenen Traditionen nicht mehr Grund zur Trennung sind, sondern sich gegenseitig befruchten und bereichern. Alle Kirchen sind sich auch bewußt, daß sie den Weg zu dieser Gemeinschaft schon gemeinsam gehen sollen. Für die Gestaltung dieses gemeinsamen Weges ist der biblische Gedanke des Bundes hilfreich. Er erlaubt es, die Einheit der Kirche nicht uniformistisch, sondern als konkrete Zeugnis- und Dienstgemeinschaft in pluralen Situationen zu leben. Ein Modell dafür sind die Bundesschlüsse in der ökumenischen Bewegung: Christen verbünden sich mit notleidenden und verfolgten Gemeinden zur Hilfe für sie und zum Teilen der geistlichen Gaben (z. B. mit schwarzen Gemeinden in Südafrika), sie verbinden sich zu einem gemeinsamen Ziel, das sie als Willen Gottes erkannt haben, sie verbünden sich zum Brückenschlag der Versöhnung über Konfliktgrenzen hinweg (z. B. Ost-West-Partnerschaften).

(53) Die Verpflichtung zu einem ökumenischen Friedensdienst (vgl. 2.2.3.) ist unser Bundesschluß, in dem die drei vorrangigen Optionen für die Armen, die Gewaltfreiheit und den Schutz und die Förderung des Lebens Gestalt gewinnen. Hier wächst Einheit als konkret verbindende Verbindlichkeit, in der man mit Herzen, Mund und Händen einstimmt in den Bundeswillen Gottes.

So verstehen wir auch unsere Ökumenische Versammlung und ihre Ergebnisse, gerade indem sie ganz auf unsere Situation und Sendung in der DDR bezogen sind, als einen Beitrag zur universalen Bundesgemeinschaft des einen Volkes Gottes.

3.3. Die Verbindlichkeit des Bundes

(54) Indem Gott mit seinem Volk seinen Bund schließt oder diesen Bund feierlich erneuert, bindet er sich an sein Volk und zugleich das Volk an seine Verheißungen und Gebote (Ex 19f; Jos 24,2; 2 Kön 23). In den Beschlüssen unserer Ökumenischen Versammlung haben wir das Handeln beschrieben, zu dem sich Gott heute mit uns verbünden will, Wir hoffen, daß die Kirchen und viele Christen in diese Einsicht einstimmen und sie so als für sich verbindlich anerkennen werden. Es ist eine Verbindlichkeit, die niemanden ausschließt, sondern für alle einladend offensteht.

- (55) Wir hoffen, daß das, was wir aus Glaubenseinsicht als Umkehr in den Schalom beschreiben, in seiner Lebens- und Überlebensdienlichkeit auch Nichtchristen aus Vernunftseinsicht einleuchtet und es so auch für sie in seinem ethisch-politischen Sinn verbindlich wird. Wir wollen uns dafür offenhalten, um uns mit ihnen für konkrete Ziele des Schalom in unserer Welt zu verbünden.

Anmerkung

- (1) - Der Begriff "Zwei-Drittel-Welt" wird hier anstelle des Begriffs "Dritte Welt" verwendet. Er soll verdeutlichen, daß die Länder, die vor allem unter Ungerechtigkeit leiden, (die Entwicklungsländer Asiens, Afrikas, Lateinamerikas, der Karibik und des Pazifik) nach Zahl, Größe und Bevölkerung mindestens zwei Drittel der Welt ausmachen.

2.1. - Leben in Solidarität - eine Antwort auf weltweite Strukturen der Ungerechtigkeit

- (1) "Die Schwachen werden unterdrückt, die Armen seufzen. Darum spricht der Herr: Jetzt stehe ich auf, dem Verachteten bringe ich Heil" (Ps 12,6).

Wir leben in einer Welt, die durch vielfältige Strukturen der Ungerechtigkeit gekennzeichnet ist, wie z. B. Apartheid und Rassismus, ökonomische Unterdrückung, Diskriminierung der Frauen, nationaler Minderheiten und ihrer Kulturen. Als Christen können wir uns mit keiner Form von Ungerechtigkeit abfinden. Ungerechtigkeit hat mannigfaltige Wurzeln und Ursachen. Wir beschränken uns in den beiden folgenden Abschnitten auf die ökonomischen Strukturen, weil sie das weltweite Unrecht vorrangig bestimmen.

1. Ungerechte Weltwirtschaftsordnung

- (2) Die Menschheit ist durch ein weltweites Wirtschafts-, Handels- und Kommunikationssystem zu einer eng verflochtenen Einheit geworden, der sich kein Land mehr entziehen kann. Innerhalb dieser einen Menschheit wirken Strukturen der Ungerechtigkeit, durch die ein kleiner Teil der Menschheit in der Lage ist, seine ständig steigenden materiellen Bedürfnisse zu befriedigen und in Reichtum und Verschwendung zu leben, während ein weitaus größerer Teil der Weltbevölkerung immer ärmer wird. Schon heute leben 800 Millionen Menschen ständig am Rande ihrer Existenz. Täglich sterben Tausende von Kindern an den Folgen der Unterernährung. Und dies alles, obwohl die Nahrungsproduktion schneller zunimmt als die Bevölkerung wächst (Ausnahme: Afrika) und die Weltwirtschaft gewaltige Produktivkräfte und Organisationsleistungen hervorgebracht hat.
- (3) Wesentliche Wurzeln und Triebkräfte der weltweiten Strukturen der Ungerechtigkeit liegen in dem durch kapitalistische, d. h. einseitig marktwirtschaftliche Mechanismen geprägten internationalen Wirtschafts- und Finanzsystem. Es wird bestimmt durch die Sucht nach immer mehr materiellem Wohlstand, die Macht des Geldes und das vorrangige Streben nach Gewinnmaximierung und neigt dazu, "Armut zu verhöhnern oder einfach zu ignorieren" (1). Die Entwicklungsländer werden benachteiligt vor allem durch eine nach wie vor kolonialwirtschaftlich geprägte internationale Arbeitsteilung, einen nicht äquivalenten Warenaustausch, eine zunehmende Schutzzollpolitik der Industrieländer und ein zu wachsender Verschuldung führendes internationales Kreditsystem. Damit wird ihnen kaum noch Spielraum gelassen für eine eigenständige, auf die Befriedigung der Grundbedürfnisse und die Entfaltung der menschlichen Gemeinschaft gerichtete Entwicklung.
- (4) Auf Initiative der Entwicklungsländer hat sich die UNO schon 1974 für eine neue Internationale Wirtschaftsordnung eingesetzt. Alle Anstrengungen zu ihrer Verwirklichung sind bisher erfolglos geblieben. Die Umgestaltung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen ist aber eine unerläßliche Voraussetzung für die Überwindung von Abhängigkeit, Unterentwicklung und Verelendung. In diesem Zusammenhang kommt auch der umfassenden Abrüstung große Bedeutung zu, durch die u. a. beträchtliche Mittel für Entwicklung frei werden können.

2. Unsere Verflochtenheit

- (5) Die sozialistischen Länder haben versucht, ein alternatives Wirtschaftssystem zu entwickeln. Nicht zuletzt auf Grund ihrer ökonomischen Schwäche haben sie auf die Gestaltung des Weltwirtschaftssystems wenig Einfluß nehmen können. Die sozialistischen Länder sind heute weithin in dieses System integriert. Sie zählen nicht zu den bestimmenden Akteuren und sind sowohl dessen Opfer als auch Nutznießer. Das gilt auch für die DDR. Sie ist an wichtigen Mechanismen, durch die die Entwicklungsländer geschädigt werden, kaum beteiligt (vor allem Profittransfer aus Direktinvestitionen, Hochzinspolitik, Abzug von Fachkräften). Der Außenhandel der DDR mit den Entwicklungsländern zeigt jedoch insgesamt eine abnehmende Tendenz. Im Jahre 1987 wurden insgesamt nur 3,8% des gesamten Außenhandels mit Entwicklungsländern abgewickelt (2). Nach dem Verständnis der DDR liegt diesem Handel das "Prinzip des gegenseitigen Vorteils" zugrunde, wobei vor allem langfristige Abkommen auf Regierungsebene im Blick sind. So wird ein Teil des Außenhandels auf der Basis der sogenannten Clearing-Abkommen (Verrechnung Ware gegen Ware) abgewickelt. Damit wird auch die Absicht verbunden, Verschuldung auszuschließen, weshalb es vielfach als gerechtere Form der internationalen Wirtschaftsbeziehungen gesehen wird. Doch sind solche Abkommen hinsichtlich Flexibilität und Warenspektrum eng begrenzt.
- (6) Der Handel der DDR mit Entwicklungsländern weist Merkmale auf, die für die derzeitigen ungerechten Strukturen charakteristisch sind:
- Die Preisbildung orientiert sich (auch bei Clearing-Abkommen) weitgehend an den - die Entwicklungsländer benachteiligenden - Preisen der internationalen Warenmärkte.
 - Im Vordergrund stehen nicht Anliegen der Entwicklungsförderung, sondern der Rohstoffsicherung sowie der Devisenerwirtschaftung, wobei der Valutaüberschuß vor allem dem Technologieimport aus westlichen Industrieländern dient. Deshalb konzentriert sich der Handel auch auf ökonomisch fortgeschrittene Länder (Brasilien, Indien, Irak, Iran), während der mit den am wenigsten entwickelten Ländern sehr gering ist.
 - Es werden vorwiegend Rohstoffe ein- und Fertigwaren ausgeführt. Der Importanteil an Halbfabrikaten und Fertigprodukten stagniert anteilmäßig und konzentriert sich auf wenige Länder, z. B. Indien und Ägypten.
- (7) Der wichtigste Beitrag der DDR zur Entwicklungshilfe ist die nichtkommerzielle Ausbildung in der DDR und die Entsendung von Experten. Die Ausbildung in der DDR entspricht aber oft zu wenig den wirklichen gesellschaftlichen, ökonomischen und kulturellen Gegebenheiten und Zielen in den jeweiligen Ländern und ist häufig zu stark ideologisch ausgerichtet.

Betroffen müssen wir feststellen: Auch wir in der DDR ziehen Nutzen aus der weltweiten Benachteiligung der Entwicklungsländer.

3. Leben in Solidarität mit den Menschen in der Zwei-Drittel-Welt

- (8) Jesus verkündete den Unterdrückten Befreiung und den Benachteiligten Gerechtigkeit. Wenn wir seine Verheißung eines Friedens in

Gerechtigkeit hören, werden das Elend so vieler Menschen in der Zwei-Drittel-Welt und die Bedingungen, die es verursachen, für uns zu einer Herausforderung zum solidarischen Leben und Handeln. Wie können wir uns an die Seite derer stellen, die Unrecht leiden und mit ihnen zusammen für mehr Gerechtigkeit eintreten? Wir wollen Christen und Kirchen zu einem Leben in Solidarität einladen.

Solidarisch leben bedeutet "Bereitschaft, sich im Sinne des Evangeliums für den anderen 'zu verlieren', anstatt ihn auszubeuten, und ihm zu dienen, anstatt ihn um des eigenen Vorteils willen zu unterdrücken." (3) Solidarität meint nicht eine einseitige Beziehung von Helfern und Hilfsbedürftigen, sondern eine partnerschaftliche Beziehung, in der beide an den Kämpfen und Hoffnungen des anderen teilnehmen, ein Füreinanderdasein und Miteinanderteilen materieller, kultureller und geistlicher Gaben.

Die biblische Entsprechung für solidarisch leben heißt: den anderen Nächste werden (vgl. Lk 10,30), mit ihnen leiden und sich mit ihnen freuen (vgl. Röm 12,15). Das Teilen des eucharistischen Brotes fordert uns heraus, auch das tägliche Brot zu teilen.

3.1. Handlungsorientierungen

- (9) - Auch wir Christen in der DDR stehen in der weltweiten Verantwortungsgemeinschaft für unsere gemeinsame Erde. Solidarisch leben wir konkret an dem Ort, wo wir leben. Aber diese Konkretion muß als Teil weltweiten solidarischen Handelns verstanden werden. Wir wollen gemeinsam mit anderen Wege zu einer gerechteren Partnerschaft zwischen wirtschaftlich, sozial und kulturell unterschiedlich entwickelten Ländern suchen. Wir wollen den Horizont unseres Wissens und Gewissens erweitern, um die fernen Nächsten in unser Denken und Handeln einzubeziehen.
- (10) - Wir meinen, daß wir unseren Lebensstandard nicht auf Kosten der Zwei-Drittel-Welt erhöhen dürfen. Daraus folgt, daß wir die Orientierung auf immer bessere Befriedigung der ständig wachsenden materiellen Bedürfnisse und am westlichen Wohlstand aufgeben. Wir wollen beginnen, bewußter und einfacher zu leben - auch in unseren Kirchen.
- (11) Die wirtschaftliche Ungerechtigkeit ist ohne strukturelle Veränderungen in der Weltwirtschaft und in den Binnenwirtschaften nicht zu beseitigen. Strukturelle Veränderungen im Sinn der Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung sind unumgänglich und dringend erforderlich, um bessere Rahmenbedingungen für die Beteiligung der Entwicklungsländer an der Weltwirtschaft zu schaffen, und in Richtung auf eine Demokratisierung, höhere Effektivität und gerechtere Verteilung in den einzelnen Ländern. Wir wollen uns für solche strukturellen Veränderungen einsetzen.
- (12) Wir wollen die Regierung der DDR in ihrem Bemühen um mehr soziale und ökonomische Gerechtigkeit beim Wort nehmen und unterstützen. In der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik, wie sie in der DDR versucht wird, kommt die auch uns wesentliche Forderung zum Ausdruck, daß soziale Gerechtigkeit ein wichtiges Kriterium ökonomischer Prozesse ist. Wir wollen uns dafür einsetzen, daß dies auch international zur Geltung kommt.

3.2. Horizonterweiterung und solidarisches Handeln

- (13) Wir fordern dazu auf, der Gerechtigkeitsfrage erhöhte Aufmerksamkeit zu widmen und empfehlen

3.2.1. den Christen unseres Landes

- selbst Initiativen zu entwickeln, um sich besser über die Situation in der Zwei-Drittel-Welt zu informieren, Kontakte zu Menschen in der Zwei-Drittel-Welt zu knüpfen sowie Erfahrungen darüber auszutauschen;
- (14) - den eigenen Lebensstandard und Lebensstil kritisch überprüfen, sowie bewußt und beispielhaft Einschränkungen auf sich zu nehmen, z. B. beim Fleischkonsum;
- (15) - einen deutlich spürbaren Teil ihres Einkommens regelmäßig für Entwicklungsförderung und Nothilfe in der Zwei-Drittel-Welt zur Verfügung zu stellen;

(16) 3.2.2. den Gruppen, Gemeinden, Regionen unserer Kirchen und kirchlicher Gemeinschaften

- eine Alphabetisierung in Wirtschaftsfragen in Gemeinden zu fördern, weltweite Ungerechtigkeit öffentlich zu diskutieren, Christen zu befähigen, in ihrem gesellschaftlichen Umfeld das Gespräch zu diesen Fragen zu führen und so den dringend notwendigen Bewußtseinswandel voranzubringen;
- (17) - örtliche oder regionale ökumenische Informationsstellen zu den Problemen der Zwei-Drittel-Welt zu schaffen oder vorhandene besser zu nutzen. Diese sollten Einsicht in Zusammenhänge vermitteln, Verantwortungsbewußtsein und Bereitschaft zum Teilen wecken sowie Anregungen für Gemeindegemeinschaften geben oder zu solchen einladen. Sie bieten sich auch an als Stätten der Begegnung mit den in der DDR lebenden Ausländern. Die kirchenleitenden Gremien werden gebeten, solche von der Basis ausgehenden Aktivitäten zu unterstützen;
- (18) - daß die Gemeinden regelmäßig und verbindlich einen bestimmten Beitrag für eine der verschiedenen Formen der Partnerschaft mit der Zwei-Drittel-Welt zur Verfügung stellen (z. B. 2% des Haushaltes bzw. eine 5-%ige Investitionsabgabe);
- (19) - daß immer mehr Gemeinden, Kirchenkreise und kirchliche Werke eine lebendige Beziehung zu einer Gemeinde oder Kirchenregion in der Zwei-Drittel-Welt herstellen. Aus einer solchen Beziehung kann eine Partnerschaft gegenseitigen Gebens und Nehmens entstehen. Ähnliche Beziehungen sollten auch zu Gemeinden in europäischen sozialistischen Ländern gefördert werden;
- (20) 3.2.3. den kirchenleitenden Gremien
 - die Verflochtenheit der Kirchen in die ungerechten weltweiten Strukturen in Geschichte und Gegenwart zu analysieren und Veränderungen einzuleiten;
 - (21) - eine gemeinsame Studienarbeit zur Thematik "Christlicher Glaube und Wirtschaft" in Auftrag zu geben;
 - (22) - die Herausgabe einer kirchlichen Zeitschrift über die Zwei-Drittel-Welt und eine qualitativ und quantitativ verbesserte Information über Probleme der Entwicklungsländer in den vorhandenen Kirchenzeitungen, kirchlichen Sendungen und Informationsdiensten;
 - (23) - in der Ausbildung kirchlicher Mitarbeiter die Beschäftigung von Theologen aus Asien, Afrika und Lateinamerika zu intensivieren;

- (24) - die Abhängigkeit von Valutamitteln schrittweise zu reduzieren und das Gespräch mit westeuropäischen Partnerkirchen über Prioritäten im Sinne einer vorrangigen Option für die Armen verstärkt zu führen;
- (25) - die Arbeit der Einrichtungen und Werke, die sich mit Fragen der Zwei-Drittel-Welt befassen, zu fördern, und sich für ihre verstärkte ökumenische Zusammenarbeit einzusetzen. Vorrangige Aufgaben sind dabei, die Prinzipien ökumenischen Miteinanders zu bedenken, Kirchenleitungen, Hilfswerke und Gemeinden in diesen Fragen zu beraten und Sachinformationen zu konkreten aktuellen Fragen der internationalen Wirtschaft bereitzustellen;
- (26) - daß die Kirchen und kirchlichen Gemeinschaften unseres Landes - einschließlich ihrer Werke und Hilfsdienste - in eine verbindlichere Kooperation eintreten, um sich über Kriterien und Prioritäten auszutauschen im Sinne wirksamerer Strategien des Teilens. In Anknüpfung an schon praktizierte Koordinierungsgespräche sollte ein wirklich ökumenisches Forum angestrebt werden;
- (27) - daß Kontakte mit ökumenischen Partnern in den betroffenen Ländern hergestellt bzw. ausgebaut werden, um über Projekte und die Verwendung von Spendengeldern Absprachen zu treffen;
- (28) - über die Verwendung der Spendengelder die Gemeinden umfassend zu informieren;
- (29) - die bewußtseinsbildende, fachliche und sprachliche Vorbereitung von Kandidaten für den möglichen Einsatz in der Zwei-Drittel-Welt langfristig zu fördern;
- (30) 3.2.4. den kirchenleitenden Gremien, sich bei der Regierung der DDR einzusetzen, daß
 - die Außenwirtschaftsbeziehungen der DDR durchsichtig gemacht und nach umfassender Information in den Medien öffentlich diskutiert werden, um bewußtseinsbildend die erforderlichen Umstrukturierungen der Wirtschaft und Änderungen unserer Lebensweise vorzubereiten;
- (31) - die Möglichkeiten der Kirchen und anderer nichtstaatlicher Organisationen für Projekte und Programme in der Zwei-Drittel-Welt erweitert werden; z. B. durch Bereitstellung erforderlicher Kontingente in der staatlichen Planung, durch Orientierung an den Bedürfnissen der Armen in den Entwicklungsländern statt an den Überplanbeständen in der eigenen Wirtschaft und durch dem Anliegen der Solidarität entsprechende Versandbestimmungen;
- (32) - die Möglichkeiten von ökumenischen Besuchs-, Studien- und Arbeitsaufenthalten von Christen aus unserem Land in der Zwei-Drittel-Welt und umgekehrt erweitert werden.

3.3. Strukturelle Veränderungen

- (33) 3.3.1. In Anerkennung der erklärten Bereitschaft der Regierung der DDR
 - zur Gestaltung einer Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung beizutragen, fordern wir die Kirchen und kirchlichen Gemeinschaften auf, in Gesprächen mit der Regierung unseres Landes sich einzusetzen für
 - verstärkte Wirtschaftsbeziehungen zu den am wenigsten entwickelten Ländern;

- (34) - einen erweiterten Import von Halbfabrikaten und Fertigprodukten aus Entwicklungsländern und den Aufbau entsprechender Produktionsstätten in und mit diesen Ländern;
- (35) - stärkere Ausrichtung der eigenen Exportstruktur auf die spezifischen Bedürfnisse der Entwicklungsländer;
- (36) - den Beitritt zu internationalen Organisationen und Abkommen, die mehr Gerechtigkeit für Entwicklungsländer erwarten lassen (z. B. "Gemeinsamer Rohstoffonds" zur Stabilisierung der Rohstoffpreise);
- (37) - die Verwendung von durch Abrüstung freiwerdenden Mitteln aus dem Staatshaushalt vorrangig zugunsten der am wenigsten entwickelten Länder.
- (38) 3.3.2. Wir empfehlen den Kirchen und kirchlichen Gemeinschaften, einzutreten für
 - die Ablehnung aller Maßnahmen, die eine eigenständige Entwicklung der Völker der Zwei-Drittel-Welt behindern, wie dies durch Transnationale Konzerne, Banken, den Internationalen Währungsfonds sowie mit Projekten geschieht, die in finanzielle bzw. technische oder technologische Abhängigkeit von Industrieländern führen;
- (39) - eine Handels-, Preis- und Kreditpolitik, die in stärkerem Maße den Vorteil der Zwei-Drittel-Welt berücksichtigt;
- (40) - die Entwicklung eines internationalen Rechts und der entsprechenden Institutionen bzw. deren Stärkung (UNO), die Entscheidungen in den politischen und wirtschaftlichen Beziehungen im Sinne von mehr Gerechtigkeit herbeiführen können;
- (41) - sofortige Maßnahmen zu einer an den Möglichkeiten und Bedürfnissen der Armen orientierten Lösung der Schuldenfrage, einschließlich eines Schuldenerlasses für die am wenigsten entwickelten Länder;
- (42) - sofortige Maßnahmen zur Rettung und Bewahrung der Ökosphäre auch in der Zwei-Drittel-Welt, einschließlich der Solidarisierung mit Boykottbewegungen, des Mittragens von Lasten und der Kooperation bei der Suche nach umweltverträglichen Technologien zur Energiegewinnung. Das schließt verbindliche Abkommen ein, wie sie die Brundtland-Kommission (4) forderte;
- (43) - den konsequenten Abbau des internationalen Waffenhandels und der militärischen Einflußnahme auf die Länder der Zwei-Drittel-Welt, beginnend mit der Offenlegung derartiger Aktivitäten und der Schaffung internationaler Kontrollorgane;
- (44) - die Realisierung des Fonds "Abrüstung für Entwicklung" (UNO-Konferenz 1987).

4. Leben in Solidarität - ein Lernprozeß

- (45) Wir sind uns klar darüber, daß die Verwirklichung vieler der hier unterbreiteten Anregungen und Vorschläge Veränderungen nicht nur in der Wirtschaftspolitik, sondern auch im Lebensstil und Konsumverhalten der Bevölkerung erfordern. Wir sind mit den Vorschlägen nur in dem Maße glaubwürdig, in dem wir selbst bereit sind, die heute gebotene Umkehr zu praktizieren.

Wollen wir der Verantwortung gegenüber der Menschheit und dem Auftrag Gottes gerecht werden, müssen wir unseren Anteil an Privilegien, verstecktem Rassismus und der Resignation angesichts von Mechanismen der Ungerechtigkeit bekennen (vgl. 1 - Grundlegung 1.3.2.).

- (46) Wir laden zu einem Leben in Solidarität mit den nahen und fernen Nächsten ein und sehen in Gemeinden und Gruppen Lerngemeinschaften und Orte der Bewußtseinsbildung. Das Ausmaß von Ungerechtigkeit und Unterentwicklung in der Welt fordert von uns Einsichten und Schritte, die über die persönliche Betroffenheit hinaus in konkretes und verpflichtendes Handeln einmünden müssen.

Wir wollen festhalten am Gebet, das uns den Blick schärft und uns Kraft zu veränderndem Handeln gibt.

Anmerkungen

- (1) Wir haben nur eine Zukunft. Reform der internationalen Ordnung. Der RIO-Bericht an den Club of Rome. Hrsg. v. J. Timbergen, Opladen 1977.
- (2) Statistisches Jahrbuch der DDR, Berlin 1987.
- (3) Enzyklika "Sollicitudo Rei Socialis" 38
- (4) Unsere gemeinsame Zukunft - Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung (Brundtland-Bericht), Greven 1987 (Staatsverlag Berlin 1988)

2.2. - Leben in Solidarität mit Ausländerinnen und Ausländern

- (1) "Gott schuf den Menschen zu seinem Bilde, zum Bilde Gottes schuf er ihn..." (Gen 1,27).

Die Begegnung mit Fremden und Unbekannten löst Interesse und Neugier aber auch Abwehrreaktionen und Angst aus. Die biblische Botschaft fordert uns heraus, die Gottesebenbildlichkeit im Anderen zu entdecken. Das sollte unser Verhältnis zu Menschen aus anderen Ländern prägen.

Deshalb begrüßen wir das Zusammenleben mit Ausländerinnen und Ausländern in unserem Land als uns alle bereichernde Öffnung unserer Gesellschaft. Es eröffnet uns die Möglichkeit, in Gemeinschaft mit ihnen leben zu lernen, uns stärker als Teil der Einen-Welt zu begreifen und gemeinsam mit Menschen aus der Zwei-Drittel-Welt nach überlebensfähigen Gesellschaftsformen zu suchen.

Gleichzeitig dürfen wir nicht vergessen, dass das Arbeiten und Leben von Menschen aus der Zwei-Drittel-Welt in unserem Land ein Ergebnis historisch bedingter und sich gegenwärtig noch verschärfender politischer und wirtschaftlicher Ungerechtigkeit ist, in deren Folge die Menschen aus der Zwei-Drittel-Welt aus ihren Familien, Kirchen, Kulturen und Landschaften enturzelt werden. Wir sind herausgefordert, uns für eine solche Lebensatmosphäre für Ausländerinnen und Ausländer einzusetzen, die allen eine wirkliche Mitbürgerschaft ermöglicht, ohne die eigene Identität verleugnen zu müssen.

1. Zur Situation

- (2) Wir blicken zurück auf eine Geschichte, die von 1933 - 45 besonders erschreckend zeigte, wie Rassismus das Denken und Handeln des deutschen Volkes durchdringen konnte.

Durch diese Vergangenheit und durch aktuellen Rassismus, - wir denken dabei besonders an das Apartheidregime in Südafrika -, sind wir zu einem klaren Bekenntnis aufgefordert.

Unsere Kirchen und die Regierung der DDR verurteilen Rassismus und Apartheid. Trotzdem zeigen sich im zwischenmenschlichen Bereich immer wieder rassistische Verhaltensweisen.

In den letzten Jahren ist zu der Zahl der Bürgerinnen und Bürger anderer Staaten, die zu Studium, Ausbildung und Berufstätigkeit bei uns leben, eine noch anwachsende Zahl von Werkträgern und Auszubildenden aus asiatischen und afrikanischen Ländern hinzugekommen (1).

- (3) Neben Toleranz und Interesse sind in der Bevölkerung Verständnislosigkeit wie auch ausländerfeindliche Verhaltensweisen zu beobachten. Politische und rassische Vorurteile verbreiten sich als Pauschalurteile und erschweren das Leben der Ausländerinnen und Ausländer und die Beziehungen zu ihnen. Dies wird nur sehr zaghaft in unserer Gesellschaft öffentlich benannt. Zwar wächst die Sensibilität für die Situation der Ausländerinnen und Ausländer, aber nicht in gleichem Maß die Bereitschaft, selbst Vorurteile abzubauen, sich Ausländerinnen und Ausländern zu öffnen und überall gegen Hindernisse anzugehen, die im alltäglichen Leben einer wirklichen Mitbürgerschaft entgegenstehen. Unsere Unkenntnis der genauen Rechtslage in Bezug auf die Bedingung ihres Aufenthaltes hier bzw. auch die Rechtsbestimmungen ihres jeweiligen Heimatlandes erschwert dies. Unser Staat versucht, bessere Voraussetzun-

gen für ein partnerschaftliches Miteinander zu schaffen, aber deren Verwirklichung ist in der Praxis nicht ausreichend. Auch wir selbst begreifen zu wenig, daß unser Glaube zu einem füreinander Verantwortlichen, guten Zusammenleben ermutigt. - In der Bibel wird verflucht, wer das Recht von Fremdlingen beugt (vgl. Dtn 27,19), wir werden aufgefordert, Fremdlinge gastfreundlich in unser Haus aufzunehmen, in ihnen nehmen wir Jesus auf (vgl. Mt 25,35).

2. Deshalb bitten wir

(4) 2.1. die Christen unseres Landes

- offen zu werden für "fremde" Lebens- und Glaubenserfahrung und sich auch der eigenen Tradition in kultureller und gesellschaftlicher Hinsicht bewußt zu werden;
- sich Ausländerinnen und Ausländern mehr zu öffnen und Kontakte zu suchen;
- zu lernen, eigene Vorurteile und Wertvorstellungen anfragen zu lassen;
- bei Diskriminierung von Ausländerinnen und Ausländern sich offen auf ihre Seite zu stellen;
- ihr Hiersein im Kontext der Weltsituation verstehen zu lernen;

(5) 2.2. die Gruppen und Gemeinden unseres Landes

- den Gemeindealltag gastfreundlicher zu gestalten, so daß Gemeinschaft mit Ausländerinnen und Ausländern möglich wird, entsprechend dazu einzuladen und ihnen Räume (auch zur Religionsausübung) zur Verfügung zu stellen;

(6) - Kontakt zu gesellschaftlichen Verantwortungsträgern am Ort zu suchen, um in Zusammenarbeit mit ihnen;

- die Bevölkerung besser auf das Zusammenleben mit Ausländerinnen und Ausländern vorzubereiten;
- Sorge zu tragen, daß die Rechte der Ausländerinnen und Ausländer in vollem Umfang in der Praxis verwirklicht werden,
- Ausstellungen und Veranstaltungen zu organisieren, die Eindrücke von Kunst, Kultur und Leben in den Herkunftsländern der ausländischen Werktätigen vermitteln,

(7) - Ausländerinnen und Ausländern bei der Rückkehr in die Heimatländer zu ermutigen und zu unterstützen;

(8) - für Ausländerarbeit finanzielle Mittel (z. B. aus dem Fond des 2%-Appells) zur Verfügung zu stellen;

(9) 2.3. die kirchenleitenden Gremien

- für Ausländerarbeit Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu beauftragen und zu befähigen sowie den Informations- und Erfahrungsaustausch zu fördern;

(10) - das Zusammenleben mit Ausländerinnen und Ausländern als Thema in die Kinder- und Jugendarbeit aufzunehmen;

(11) - in Absprache mit den ökumenischen Partnern auch ausländische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zum befristeten Seelsorgedienst in unser Land einzuladen und die dazu notwendigen Voraussetzungen zu schaffen;

- (12) - bei ökumenischen Kontakten zu den Kirchen der Heimatländer über die Möglichkeiten der freien Religionsausübung ihrer Landsleute bei uns zu sprechen;
- (13) - mit den ökumenischen Partnern Sorge zu tragen, daß die von unseren Kirchen organisierten Ausbildungen gründlich vorbereitet werden und sich stärker an der Situation der Heimatkirchen ausrichten; dabei sollten von uns noch mehr Ausbildungsmöglichkeiten für Frauen angeboten werden; außerdem sollte immer überlegt werden, ob die Stipendiatinnen und Stipendiaten ihre Ehepartner und Kinder mitbringen können;
- (14) - zu Studienarbeiten anzuregen, in denen Möglichkeiten und Grenzen des interkulturellen Zusammenlebens in der DDR untersucht werden.
- (15) Darüber hinaus bitten wir die Kirchen und Christen, sich gegenüber staatlichen Vertretern einzusetzen
 - für umfangreiche und unkomplizierte Kontaktmöglichkeiten zu hier lebenden Armeeangehörigen und ihren Familien durch die Förderung von lebendigen Partnerschaften zu sowjetischen Schulen in unserem Land und zu Schulen und Betrieben in der Sowjetunion;
- (16) - daß bei Verträgen mit Auszubildenden aus der Zwei-Drittel-Welt ein Ausbildungsmodus gefunden wird, der den länderspezifischen Bedingungen und Erfordernissen entspricht;
- (17) - daß bei Verträgen mit Arbeiterinnen und Arbeitern aus der Zwei-Drittel-Welt Vorkenntnisse, individuelle Qualifizierungsmöglichkeiten und späterer Einsatz stärker beachtet werden. Dies sollte Vorrang vor der Abdeckung des Arbeitskräftebedarfs bestimmter Betriebe haben;
- (18) - daß die Bevölkerung umfangreicher und besser informiert wird über die Rechte und Pflichten der ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger, über ihren Beitrag zur Volkswirtschaft, sowie über Probleme in ihren Herkunftsländern (vgl. 3 - Gerechtigkeit in der DDR - 3.1.);
- (19) - daß der Kulturaustausch besonders mit den Herkunftsländern der ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger verstärkt wird, damit unsere Bevölkerung vielfältig mit Kultur und Leben der ausländischen Werktätigen in Berührung kommt.

Wir laden zu einem guten Zusammenleben mit den Menschen aus anderen Ländern ein. Diese Bemühungen können uns Wege eröffnen, die Vielfalt der Menschheit zu entdecken.

Anmerkungen

(1) "Gegenwärtig leben, arbeiten und studieren 166 419 aus
ländische Bürger über 18 Jahre aus insgesamt 129 Staaten
in der DDR"

Davon haben 33 789 ihren ständigen Wohnsitz hier

ND 4./5. 3. 89, S. 3

In ca. 800 Betrieben arbeiten:

ca. 53 000	Werkstätige aus	Vietnam
14 000	"	" Mosambik
10 000	"	" Kuba
6 500	"	" Polen
1 000	"	" Angola
900	"	" China

"Was und Wie" I/89

3 - Mehr Gerechtigkeit in der DDR - unsere Aufgabe, unsere Erwartung

1. Begründung und Aufgabenstellung

- (1) Auf unserem gemeinsamen Weg für Gerechtigkeit, Frieden und Schöpfungsbewahrung sind uns in zahlreichen Zuschriften Erfahrungen, Fragen und Erwartungen im Blick auf die gesellschaftliche Situation in unserem Land vorgetragen worden. Wir können und wollen diesen Fragen nicht ausweichen. Wir stellen uns ihnen, indem wir nach dem für unsere Gesellschaft Guten fragen. Dabei lassen wir uns in der Bindung und Freiheit unseres Glaubens von folgenden biblischen Erkenntnissen leiten:
 - (2) 1.1. Nach dem Willen Gottes ist jeder Mensch dazu berufen, als sein Geschöpf und Ebenbild in Würde zu leben. Darin gründet die wesenhafte Gleichheit aller, ohne daß ihre Verschiedenheit und Einmaligkeit eingeebnet wird. Darin erkennen wir die Verpflichtung, das Recht des anderen zu achten und zu wahren und uns für Entrechtete, Bedrängte und Schwache einzusetzen. Wenn wir belastende Erfahrungen von Menschen in unserem Land beschreiben (2.), dann versuchen wir damit dem Weg Jesu zu entsprechen, der die Not der Menschen zu seiner Sache gemacht hat.
 - (3) 1.2. Gerechtigkeit ist nach biblischem Verständnis Gottes Gabe und Verheißung, die im gemeinschaftsgerechten Verhalten auf unsere Antwort wartet. So wird über die Situation des Einzelnen hinaus auch die gesellschaftliche Wirklichkeit zu unserem Aufgabenfeld. In unserem Einsatz für Gerechtigkeit sollen wir dazu beitragen, daß das Zusammenleben in unserem Land den Menschen in ihrer Vielfalt gerecht wird. "Kriterium für wahre Gerechtigkeit ist für uns die Solidargemeinschaft mit dem schwächsten Glied unserer Gesellschaft" (1 - Grundlegung - 2.1.3.).
- "Mehr Gerechtigkeit in der DDR" bedeutet darüber hinaus heute zugleich, mit Entschiedenheit die Überlebensfrage bei der Gestaltung unserer gesellschaftlichen Entwicklung zu berücksichtigen. Die Verantwortung für die notwendigen Entscheidungen kann dabei nicht nur Einzelnen aufgeladen werden. Wir brauchen vielmehr Formen des gesellschaftlichen Zusammenwirkens, die die Teilnahme, Mitverantwortung und Mitwirkung der vielen nötig und möglich machen. Wenn wir von daher Erfordernisse und Erwartungen aussprechen (3.), dann wollen wir damit unseren Beitrag zum notwendigen gesellschaftlichen Erneuerungsprozeß geben.
- (4) 1.3. In seiner Verkündigung vom Reich Gottes hat Jesus uns die Vollendung der Gerechtigkeit verheißen. Gottes Gerechtigkeit ist Maßstab und Perspektive für unser Handeln. Menschliche Gerechtigkeit kann daran gemessen nur vorläufig sein.

So bleibt auch unser Einsatz für Gerechtigkeit der Zweideutigkeit, dem Mißerfolg und der Verkehrung bester Absichten verhaftet. Auch müssen wir uns als Christen und Kirchen fragen, wie es bei uns selbst - in unseren Gemeinden und Kirchen - mit der Verwirklichung der Gerechtigkeit, mit Mitverantwortung und Mitwirkung steht. Wenn wir Aufgaben für die Christen, Gemeinden und Kirchen formulieren (4.), dann tun wir es in dem Wissen, daß wir an dem gemessen werden, was wir selbst zu tun

bereit sind. Wir glauben, daß Gott unseren Einsatz für Gerechtigkeit im Kommen seines Reiches vollendet. Wir vertrauen darauf, daß Gottes Geist überall dort wirkt, wo sich Menschen ehrlich um Gerechtigkeit bemühen.

- (5) Wir sind als Christen berufen, "der Stadt Bestes" zu suchen (Jer 29,7). Wir sind nicht dazu berufen, weil wir besser wären oder alles besser wüßten. Wichtige Fragen sind unter uns strittig und bedürfen eines weiteren Gespräches (5.). Dennoch wollen wir versuchen, mit unseren Erkenntnissen und Einsichten, mit unseren Gaben, Kräften und auch Grenzen dem Gemeinwohl zu dienen und Mitverantwortung zu übernehmen. Darum treten wir für einen umfassenden Dialog in unserer Gesellschaft ein, in dem Probleme offen benannt, um die notwendigen Entscheidungen gemeinsam gerungen und die nötigen Schritte miteinander gegangen werden.

2. Erfahrungen und Probleme (vgl. 1 - Grundlegung 1.2 und 2.1.3.)

- (6) Die DDR ist eines der Länder, in denen die Befriedigung materieller Grundbedürfnisse für alle gewährleistet ist. Andererseits leben in unserem Land viele Menschen mit enttäuschten Erwartungen. Nicht alle Gründe für solche Enttäuschungen sind DDR-spezifisch. Der rapide ökonomische und soziale Wandel, den die wissenschaftlich-technische Revolution verursacht, überfordert das Orientierungsvermögen vieler. Die gesellschaftliche Wirklichkeit wird oft als undurchschaubar erlebt. Das fördert Nischenexistenz und Aussteigermentalität. Diese Gegebenheiten teilt die DDR mit vielen anderen Ländern.

Es gibt aber Probleme, die das gesellschaftliche Zusammenleben zusätzlich belasten. In Ausbildung und Beruf wird großer Wert auf sogenannte "gesellschaftliche Arbeit" gelegt. Viele fühlen sich dadurch bedrängt. Aus unterschiedlichen Gründen gehen sie darauf ein, weil sie meinen, ihre "Staatstreue" durch Funktionen und Mitgliedschaften in Organisationen beweisen zu müssen, da davon Fortkommen, Anerkennung und Privilegien in höherem Maß abhängen als von beruflicher Leistung. Schon in der Schule wirken Zwänge zur Mitgliedschaft in der Pionierorganisation und in der FDJ, sowie zur Teilnahme an Jugendweihe und Wehrunterricht. Sie sind Teil einer umfassenden ideologischen Erziehung. Konformismus und Opportunismus sind oft ihre Folgen.

Der grundsätzliche Anspruch der Staats- und Parteiführung in Politik und Wirtschaft zu wissen, was für den einzelnen und die Gesellschaft als Ganzes notwendig und gut ist, führt dazu, daß der Bürger sich als Objekt von Maßnahmen, als "umsorgt" erfährt, aber viel zu wenig eigenständige, kritische und schöpferische Mitarbeit entfalten kann. Dadurch wird die Lösung anstehender sozialer, ökologischer und ökonomischer Probleme in unserem Lande behindert, zugleich aber auch der Blick auf die weltweiten Probleme verstellt, in die auch wir unauflösbar verflochten sind. Die dadurch gegebene Spannung zwischen Regierenden und Regierten verhindert den inneren Frieden, beeinträchtigt aber auch den Hausfrieden im gemeinsamen europäischen Haus.

- (7) Warum sind so wenige bereit, Verantwortung für das Gemeinwohl zu übernehmen? Viele engagieren sich nicht - aus Bequemlichkeit oder aus Berührungängsten. Andere meinen: es lohnt sich nicht; es bringt nur Nachteile. Diese Haltung beruht auf alltäglichen Erfahrungen:

Wenn sich Bürger auf Grund gemeinsamer Interessen außerhalb gesellschaftlicher Organisationen zusammenfinden, geraten sie schnell in den Verdacht staatsfeindlicher Aktivitäten.

Wer unbequeme Vorschläge unterbreitet, begegnet oft einem Bürokraten, der vor allem Richtlinien durchsetzen muß und selten einem, der bereit und in der Lage ist, sachgerechte Entscheidungen für seinen Verantwortungsbereich zu treffen.

Wer irgendwie auffällt und sich nicht wie erwartet verhält, muß mit Rückwirkungen in ganz anderen Lebensbereichen rechnen. Durch solche Ohnmachtserfahrungen werden Menschen entmutigt oder verbittert.

- (8) Es fehlt in der DDR weithin an Ehrlichkeit und Wahrhaftigkeit. Weil vom Bürger erwartet wird, daß er sagt, was man hören will, hat er sich daran gewöhnt, etwas anderes zu sagen, als er denkt und anders zu handeln, als es seinen Überzeugungen entspricht.

Es fehlt in der DDR die volle Rechtssicherheit. Das Eingabewesen macht den Bürger zum Bittsteller, ohne die wichtige Einsicht zu vermitteln, daß seine Interessen durchaus im Widerspruch zu anderen berechtigten Interessen stehen können.

Viele in unserem Land sehen ihre Besonderheiten oder ihre besonderen Probleme nicht hinreichend berücksichtigt wie z. B. Alkoholiker, Behinderte, Homosexuelle, Strafantlassene. Sie fühlen sich deshalb an den Rand gedrängt und ungerecht behandelt. Ihre Möglichkeiten, sich zu artikulieren und gegebenenfalls in Selbsthilfegruppen zu organisieren, sind eingeschränkt.

Jugendliche werden gesellschaftlich und staatlich gefördert. Wenn sie aber durch besondere Ausdrucksformen, zu denken, zu sprechen und sich zu kleiden, auffallen, werden sie oft als störend betrachtet, mitunter sogar kriminalisiert. Dabei fällt es staatlichen Stellen und vielen in der Gesellschaft schwer, zu akzeptieren, daß diese Jugendlichen damit auf vor-handene Probleme aufmerksam machen.

Frauen sind in der DDR gesetzlich gleichberechtigt. Aber in von Männern geprägten Strukturen können sie sich nicht genügend entfalten und ihren Einfluß zu wenig geltend machen. Belastungen durch Beruf und Familie und die Abhängigkeit von Traditionen erschweren es ihnen, ihre eigenen Werte zu erkennen und sie zu verwirklichen.

- (9) Aus den Belastungen der beruflichen und gesellschaftlichen Existenz suchen viele Zuflucht im privaten Bereich des Lebens. Aber auch hier gibt es Spannungen und Probleme. Wie in anderen Industrieländern gelten Wohlstand und beruflicher Erfolg weiterhin als Leitbilder für Lebensglück und Lebenserfüllung. Diese einseitige Orientierung auf einen selbstbezogenen Lebensstil ist ein wesentlicher Grund für die Krise der Familie, die sich u. a. in einer hohen Scheidungsquote zeigt (vgl. 8 - Lebens-

weise). Viele Kinder wachsen ohne Vater auf. Es ist schwer, in dieser Situation den Kindern gerecht zu werden. Um der gewünschten oder notwendigen Berufstätigkeit willen wird die Erziehungsaufgabe weitgehend staatlichen Institutionen (Krippe, Kindergarten, Hort) übertragen, ohne nach den Folgen für das Kind zu fragen. Sein Bedarf an Liebe wird oft zu wenig gedeckt. Vielleicht führt dies später zu Verhaltensauffälligkeiten und -störungen, Bindungsunfähigkeiten und Aggressivität. Die kreativen und kommunikativen Fähigkeiten der zukünftigen Generation stehen auf dem Spiel.

Die Beziehungen zu den Großeltern, dem Freundeskreis und anderen, die für die Stabilität der Familie so wichtig sind, verkümmern. Die Möglichkeiten zur familiären Betreuung alter und kranker Menschen sind eng begrenzt, und oft ist auch die Bereitschaft dazu nicht vorhanden. Dadurch wird die Pflege in Heimen von vielen als selbstverständlich betrachtet, statt Notbehelf zu bleiben. Überbelegung und Personalmangel haben teilweise unwürdige Zustände in Alten- und Pflegeheimen zur Folge. Die Begegnung mit Leidenden und Sterbenden wird aus dem gesellschaftlichen Erleben fast völlig verdrängt (vgl. 9 - Leben bewahren).

3. Erfordernisse und Erwartungen

- (10) Wir sind aufgerufen "der Stadt Bestes" (vgl. 1 - Grundlegungen 2.1.3.), das heißt das Gemeinwohl zu suchen. Hilfreich sind uns dazu die Menschenrechtserklärungen der Vereinten Nationen, die weitgehend in unserer Verfassung enthalten sind. Die sozialen Menschenrechte sehen wir zum großen Teil verwirklicht, andere dagegen sollten wirksamer in den Gesetzen unseres Staates und in der gesellschaftlichen Praxis zur Geltung kommen. Mit den folgenden Überlegungen wollen wir dazu beitragen.
- (11) 3.1. Um uns in unserer Gesellschaft zurechtzufinden und an ihrer Gestaltung teilzunehmen, müssen wir Übereinstimmungen finden über das, was ist, was bleiben und was werden soll. Damit sie sich zeigen können und wachsen und damit wir wissen, woran wir miteinander sind, brauchen wir dringend die dafür notwendigen Informationen und den freimütigen und ehrlichen Meinungsaustausch überall dort, wo es um gemeinsame Angelegenheiten geht, sowohl in Versammlungen als auch in den Medien. Über schmerzliche Einsichten und den Streit zwischen gegensätzlichen Standpunkten, die sich öffentlich bewähren müssen, können wir gangbare Wege für unsere Gesellschaft finden.
- (12) 3.2. Wir brauchen eine Atmosphäre, die den Mut zur Teilnahme an den öffentlichen Angelegenheiten fördert. Diese wird beeinträchtigt durch geheime Überwachung und noch immer ungenügenden Datenschutz. Sie würden aber gefördert durch mehr Rechtssicherheit. Das Strafrecht und angrenzende Rechtsvorschriften sollten so gestaltet werden, daß die Auslegungsspielräume klar und möglichst eng sind. Die ab 1. 7. 1989 mögliche gerichtliche Nachprüfung von Verwaltungsentscheidungen ist ein Fortschritt. Die gerichtliche Nachprüfbarkeit von Verwaltungsentscheidungen sollte jedoch auf mehr Rechtsvorschriften als bisher vorgesehen ausgedehnt werden. Aber auch inhaltliche Gründe sollten in die Nachprüfung einbezogen werden. Der weiteren Vervollständigung der Rechtsordnung würde ein Gericht dienen, das die Verfassungsmäßigkeit der Gesetze und die Einhaltung von Verfassungsgrundsätzen überprüft.

- (13) Damit Verantwortung in unserer Gesellschaft sachgerecht wahrgenommen werden kann, brauchen wir klar abgegrenzte Zuständigkeiten auf verschiedenen Ebenen des Staates sowie eine klare Trennung der Kompetenzen von Staats- und Parteifunktionen. So kann vermieden werden, daß der Staat pauschal für alle Schwierigkeiten verantwortlich gemacht wird. So kann konkrete Rechenschaft erbeten und gegeben werden. Ein Anfang ist die Pflicht der Behörden, ihre Entscheidungen den betroffenen Bürgern zu begründen und auf Wunsch schriftlich zu geben. Geheimhaltung sollte auf das Unumgängliche beschränkt werden.
- (14) 3.4. Wahlen, in denen die Urteilsfähigkeit der Bürger wirklich gefordert wird, geben den Gewählten ein tragfähiges Mandat. Das Wahlrecht sollte so reformiert werden, daß die Wähler auf die Aufstellung der Kandidaten wirksam Einfluß nehmen und geheim unter mehreren auswählen können.
- (15) 3.5. Unsere Gesellschaft braucht ein Bildungs- und Erziehungswesen, in dem Menschen heranwachsen können, die bereit und fähig sind zu verantwortlicher Lebensführung und zu mündiger Mitwirkung an den Gemeinschaftsaufgaben. Es soll Leistungsbereitschaft und Kreativität fördern, statt normierte Leistungen zu fordern. Es soll dazu befähigen, sich selbst ein Urteil zu bilden, statt vor-gegebene Urteile zu übernehmen. Es soll der Freiheit und Selbstverantwortung der Lehrenden und der individuellen Entwicklung der Lernenden breiteren Raum geben. Im Bildungs- und Erziehungswesen müssen gleiche Chancen für alle, unabhängig von ideologischen Überzeugungen und Mitgliedschaften in Organisationen oder der Art und Dauer des Wehrdienstes, gegeben sein.
- (16) 3.6. Wir brauchen die freie Entfaltung von Kunst und Kultur. Trotz Lockerungen werden sie noch immer durch staatliche Aufsicht und Genehmigungszwänge behindert.
- (17) 3.7. Unsere Gesellschaft braucht mündige Bürger, die ihre Rechte und Pflichten, ihre Aufgaben und Möglichkeiten selbstverantwortlich wahrnehmen, die mitdenken und sagen, was sie denken, ohne zu nörgeln und die nicht warten, bis ihnen alle Schwierigkeiten aus dem Wege geräumt sind. Dazu brauchen auch sie die ungehinderte Möglichkeit, sich zu versammeln und in selbständigen Vereinigungen zusammenzutun, um gemeinsam nachzudenken und zu handeln.
- (18) 3.8. Unsere Gesellschaft braucht mündige Bürger, die im Bereich der DDR auch ihre Heimat sehen können. Die beschriebenen Erwartungen haben auch dieses Ziel. Die neuen Reiseregeln haben die Situation noch nicht entkrampft, die es vielen Bürgern erschwert, hier ihre Heimat zu finden. In den Bemühungen um weitere Schritte zur Verwirklichung der KSZE-Beschlüsse darf nicht nachgelassen werden.
- (19) 3.9. In unserer Gesellschaft brauchen diejenigen, die nicht den allgemeinen Erwartungen entsprechen und anders sind oder sein wollen, mehr Verständnis und Toleranz. Freilich müssen sie auch bedenken, daß ihr Anderssein andere verunsichern oder stören kann. Sie sollten sich überlegen, wieviel sie den anderen zumuten dürfen, wenn sie noch die Chance behalten wollen, verstanden zu werden.

Diejenigen, die sich durch Menschen, die anders sind, gestört oder provoziert sehen, sollten prüfen, ob wirklich schon die Grenzen des Erträglichen überschritten sind oder ob hier größere Toleranz Verständigung fördert. "Maßnahmen" aber - in Familie, Schule, Arbeitsstelle, Öffentlichkeit oder in der Kirche - sind nur dann gerechtfertigt, wenn Andersartigkeit die Menschenwürde anderer verletzt oder ihnen unzumutbare Nachteile aufbürdet. Auch Minderheiten brauchen Öffentlichkeit, um sich selbst und ihre Probleme darstellen zu können.

- (20) 3.10. In unserer Gesellschaft brauchen diejenigen, die mit sich und der Gesellschaft nicht allein zurechtkommen, genügend qualifizierte Helfer, die sich der Sache der Betroffenen annehmen, sowie Hilfe zur Selbsthilfe und zur Eingliederung in die Gesellschaft leisten. Dazu ist eine umfassende Information und Aufklärung, z. B. über Alkoholmißbrauch, Kriminalität, Probleme in und nach dem Strafvollzug, Gewalt in der Familie und Selbstmord notwendige Voraussetzung.
- (21) 3.11. Unsere Gesellschaft braucht mehr als bisher die aktive Mitarbeit der Frauen. Sie sollten in allen Bereichen des Staates, der Wirtschaft und der Gesellschaft stärker verantwortlich beteiligt sein. Sie sollten aber auch neue Wege eigenständiger Entfaltung gehen und die Möglichkeiten dazu erhalten. Dazu ist es notwendig, das traditionelle Rollenverständnis in Familie und Beruf zu überdenken, bewußt zu ändern, um zu mehr Partnerschaft zwischen Frau und Mann in der Gestaltung des gesellschaftlichen Lebens und in ihrer Verantwortung für Haushalt und Familie zu kommen.
- (22) 3.12. Bei aller Würdigung der sozialpolitischen Maßnahmen in der DDR für Ehen und Familien brauchen wir ein intensives Gespräch darüber, wie die Bedeutung der Familie bewußt gemacht und die elterliche Verantwortung in unserer Gesellschaft gestärkt werden kann, denn familiäre Geborgenheit ist für die Heranwachsenden unersetzbar. Es sollte möglich werden, daß jeweils ein Elternteil während der ersten drei Lebensjahre des Kindes bei zumutbaren finanziellen Opfern und Einschränkungen zu Hause bleiben kann und daß mehr Arbeitsplätze für Teilzeitbeschäftigte geschaffen werden. Familien, die einen pflegebedürftigen Angehörigen bei sich aufnehmen wollen, sollten durch geeigneten Wohnraum und durch angemessene Hilfen unterstützt werden.

4. Aufgaben für Christen, Gemeinden und Kirchen (vgl. 7 - Kirche des Friedens)

- (23) Wir Christen und Kirchen leben und wirken in dieser Gesellschaft, deshalb hängt es auch von uns ab, wie sich Gerechtigkeit in ihr entfaltet.

4.1. Aufgaben der Christen

Jeder von uns kann an sich auch erleben, wie er mehr an sich selbst als an andere denkt und egoistisch handelt, den eigenen Vorteil sucht und gegebene Macht mißbraucht.

Angesichts der Verheißung des Reiches Gottes gehört es zu unseren Aufgaben, unser kirchliches und gesellschaftliches Zusammenleben daraufhin zu überprüfen, wo sich ungerechte, unmenschliche und unsoziale Strukturen und Verhaltensweisen finden. Um Situationen

richtig einschätzen zu können, sollten wir uns so umfassend wie möglich informieren und sachkundig machen. Die Christen werden ermutigt, in ihrer persönlichen und gesellschaftlichen Umgebung Schritte zu mehr Gerechtigkeit zu gehen und bereit zu sein, dafür auch Opfer zu bringen und Nachteile auf sich zu nehmen. Das Recht der anderen, insbesondere derer, die nicht für sich selbst sprechen können, der Ängstlichen, der an den Rand Gedrängten, der Fremden, haben wir zu achten und einzuklagen. Wir sollten uns bemühen, unsere individuellen Interessen in das Gemeinwohl einzubinden (vgl. 1 - Grundlegung 2.1.1. u. 2.3.3.). Konflikte gehören zu zwischenmenschlichen Beziehungen und zur gesellschaftlichen Wirklichkeit. Wir sollten sie erkennen und benennensowie versuchen, sie gewaltfrei auszutragen (vgl. 6 - Friedenserziehung).

4.2. Aufgaben der Gemeinden

- (24) Wir erleben in unseren Gemeinden, wie auch wir Christen uns an Konflikten zerreiben, wie wir aneinander versagen und Fremdes unter uns abwehren. Angesichts der Verheißung des Reiches Gottes aber können die Gemeinden ein Ort der Versöhnung sein, wo Liebe, Barmherzigkeit, Toleranz und Gerechtigkeit zeichenhaft gelebt werden. Darum sollten sich die Gemeinden um Lebensformen bemühen, die den Einzelnen stärken, Kräfte der Erneuerung freisetzen, geschwisterliches Verhalten einüben und Machtstrukturen hinterfragen. Sie sollen Anwalt für Menschen sein, die mutlos und hoffnungslos werden sind, die sich ihres Rechtes beraubt und in ihrer Menschenwürde verletzt fühlen. Sie sollen Anwalt für jene sein, die sich für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung einsetzen. Die Gemeinden sollten sich heute besonders wieder auf ihre alte Tradition besinnen, für Verfolgte offen zu sein und Fremde gastfreundlich aufzunehmen.

4.3. Aufgaben der Kirchen

- (25) Wir erkennen, daß auch die Kirchen als Institutionen in Geschichte und Gegenwart ihrem hohen moralischen Anspruch oft nicht gerecht geworden sind. Angesichts der Verheißung des Reiches Gottes haben die Kirchen deshalb ihre Verhaltensweisen nach innen und nach außen sowie ihre Strukturen ständig kritisch zu überprüfen. Entscheidungs- und Entwicklungsprozesse sollten durchsichtig gemacht werden, damit sich viele Gemeindeglieder an solchen Prozessen beteiligen können. Freie Informationen und offene Diskussionen über gemeinsame Angelegenheiten sollten selbstverständlich sein. Die Zahl von Frauen in Leitungsfunktionen steht oft im krassen Gegensatz zur Realität in den Gemeinden, wo Frauen häufig in der Mehrzahl sind. Sie sollten deshalb intensiver mit einbezogen werden (vgl. 7 - Kirche des Friedens 2.4.3.). Die Kirchen sollten zum innergesellschaftlichen Dialog ermutigen und versuchen, diesen zu fördern. Sie sollten öffentlich für die Wahrung der Menschenrechte eintreten und bereit sein, dafür auch Nachteile hinzunehmen. Darum werden alle, die in der Kirche Verantwortung tragen, darauf zu achten haben, daß sie nicht nur als Interessenvertreter für Kirchen und Christen erscheinen, sondern glaubwürdig das Gemeinwohl und das Wohlergehen aller beachten.

5. Offene und umstrittene Fragen

- (26) Bei dem Versuch, die geschichtlichen Hintergründe und die gegenwärtigen Verhältnisse unseres Landes zu verstehen und zu beschreiben, konnten wir in wichtigen Punkten keine gemeinsame Position finden.

Wir sind alle bereit, am Dialog in der Gesellschaft teilzunehmen, aber wir haben für unsere Anliegen nicht immer eine gemeinsame Sprache gefunden. Darüber hinaus unterscheiden wir uns in der Frage, wie weit wir mit den konkreten Wegen und Zielen des Sozialismus übereinstimmen.

Gemeinsam anerkennen wir die soziale Sicherheit und die Sicherung der materiellen Grundbedürfnisse in der DDR als Schritt auf dem Weg zu mehr Gerechtigkeit, unterscheiden uns aber in der Wertung vieler damit zusammenhängender Probleme. Deshalb suchen wir darüber ein offenes Gespräch unter uns und in unserer Gesellschaft:

- (27) - Welches sind die bestimmenden Elemente und Werte einer sozialistischen Gesellschaft?
- Welche ökonomischen Strukturen werden diesen Werten am ehesten gerecht?
- Welchen Beitrag kann ein soz. Gesellschafts- und Wirtschaftssystem zu den Überlebensfragen der Menschheit leisten?
- Worin bestehen die für ein möglichst gerechtes Leben der Gesellschaft notwendigen Funktionen des Staates?
- Wie können wir zu einer Neubestimmung des Verhältnisses von Staat und Gesellschaft kommen?
- Wie stehen wir zum geschichtlichen Weg unseres Landes?
- Womit können wir uns identifizieren?
- Wo müssen Fragen gestellt werden?
- Welche Informationen und Fakten fehlen?
- Was heißt es, Deutscher in der DDR zu sein?
- Wie arbeiten wir unsere Identitätsprobleme auf?
- Wie kann auch die nationale Frage im europäischen Friedensprozeß geklärt werden?
- Wie können wir gemeinsam theologische Grundorientierungen finden für unsere politische Verantwortung in der Gesellschaft und für den Dialog zwischen Christen und Marxisten?

4 - Der Übergang von einem System der Abschreckung zu einem System der politischen Friedenssicherung

1. Die "Zeichen der Zeit" - Herausforderungen und Chancen für eine neue Friedensordnung

- (1) Beim Anblick der Stadt Jerusalem, so berichtet es das Lukas-Evangelium, ruft Jesus aus: "Wenn doch auch du an diesem Tag erkannt hättest, was dir Frieden bringt (Lk 19,42).

Diese Mahnung gilt uns auch heute. Wir leben in einer Zeit des Übergangs, in der die Abschaffung der Institution des Krieges in Europa und weltweit geboten, vielleicht erstmals in der Menschheitsgeschichte aber auch möglich wird. Wir brauchen eine neue Friedensordnung, und die Wege zu ihrer Realisierung zeichnen sich ab: Verzicht auf den Einsatz militärischer Gewalt als Mittel der Konfliktlösung, Abbau der immer unkontrollierbarer werdenden und nicht länger zu verantwortenden Waffenarsenale und zugleich Entwicklung stabiler politischer Instrumentarien des Interessenausgleichs, der Vertrauensbildung und Stärkung des Bewußtseins der gemeinsamen Verantwortung. Dazu wollen wir mit unseren Einsichten und mit unseren oft nur kleinen Schritten in der Nachfolge Jesu beitragen.

- (2) Ein Krieg heute in Europa würde zu allerschwersten Zerstörungen der Existenzgrundlagen menschlicher Zivilisation, in Mitteleuropa voraussichtlich zur Zerstörung des Lebens überhaupt führen. Mit grosser Wahrscheinlichkeit wäre eine globale nukleare Katastrophe die Folge. Wir wissen, daß dennoch in unserer Welt unter Menschen noch nicht auf Androhung und Ausübung von Gewalt verzichtet wird. Dieser Realität muß auch die Bewertung der legitimen Sicherheitsinteressen von Völkern und Staaten Rechnung tragen. So werden begrenzte militärische Fähigkeiten in Europa noch auf längere Sicht bestehen. Unsere gegenwärtigen Sicherheitssysteme und die Mittel zu ihrer Aufrechterhaltung sind allerdings Ausdruck einer absoluten Perversion von Sicherheit. Auf militärischem Gebiet hat diese Pervertierung Gestalt gewonnen im Prinzip der Abschreckung durch Massenvernichtungswaffen, das auf dem unkalkulierbaren Risiko einer in sich widersprüchlichen Drohung mit gesicherter gegenseitiger Zerstörung beruht. Seine Folgen stehen uns deutlich vor Augen:

- Das Wissen um die Möglichkeit der gegenseitigen Zerstörung hat immer wieder zu Versuchen geführt, Erstschlagskapazitäten und damit die Fähigkeit zum Sieg zu erlangen. Jeder solche Versuch hat in sich die Tendenz zu offensiven Kriegsführungsstrategien.
- Das Abschreckungssystem wird darum ständig und mit innerer Notwendigkeit durch einen immensen Rüstungswettlauf stabilisiert. Die dadurch gewonnene scheinbare Sicherheit bringt auch ohne Krieg Vernichtung durch Verelendung großer Teile der Welt und durch die wachsende Unfähigkeit, lebensbedrohliche ökologische Probleme zu lösen.
- Im Zuge des Rüstungswettlaufs werden die militärischen Mittel zur Gewinnung der scheinbaren Sicherheit zunehmend automatisiert - von der "Vorwarnung" bis zum "Einsatz". Für den Fall einer

Krisensituation wird der Ausbruch eines Nuklearkrieges durch technisches oder menschliches Versagen zunehmend wahrscheinlich.

- Schließlich wären die politischen Handlungsmöglichkeiten im Falle eines militärischen Konfliktes eingeschränkt. Bereits jetzt halten sie Belastungen immer weniger stand.
- (3) Wir erteilen Geist, Logik und Praxis der auf Massenvernichtungsmitteln gegründeten Abschreckung eine Absage. Eine wirkliche Friedensordnung, die die Sicherheitsinteressen der Völker und Staaten und Staatengemeinschaften gewährleistet, muß auf das untaugliche und unverantwortbare Mittel von Massenvernichtungswaffen endgültig verzichten. Wir wollen den nun endlich beginnenden Übergang zu neuen politischen Formen der Friedenssicherung nachdrücklich unterstützen.
- (4) Zeichen für diesen Übergang sind unübersehbar. Völker, Staaten und Bündnissysteme beginnen, sich ein neues Verständnis von Sicherheit anzueignen. Sicherheit ist nicht mehr gegen den "Gegner" zu erreichen, sondern nur noch mit ihm zu gewinnen. Sie umfaßt mehr als nur den militärischen Bereich und braucht deshalb Veränderungen auf den verschiedenen Ebenen und Bereichen nationalen und internationalen Zusammenlebens. Dafür sind weitreichende und radikale Abrüstungsmaßnahmen unumgänglich, zugleich aber in diesem neuen Sicherheitsverständnis auch möglich. Die ersten Schritte auf diesem Wege sind bereits gegangen durch das Abkommen über den Abbau der Mittelstreckenwaffen, durch die Vereinbarungen der Stockholmer KSZE-Konferenz über vertrauensbildende Maßnahmen im militärischen Bereich und durch den Beginn der Wiener Verhandlungen über die konventionellen Streitkräfte in Europa, sowie durch einseitige Abrüstungsinitiativen der Mitgliedstaaten des Warschauer Vertrages. Über das Ziel und die weitere Richtung dieses Überganges zu einer neuen Friedensordnung, über unsere Erkenntnis der nötigen Schritte und der auf diesem Wege förderlichen und hinderlichen Faktoren und auch über unseren spezifischen Beitrag als Kirchen, über unsere Erfahrungen und Hoffnungen bei der Deutung der "Zeichen der Zeit" möchten wir in unserer Gesellschaft mit den anderen europäischen Kirchen in ein Gespräch kommen. Damit wollen wir an dem Fundament des Vertrauens mitarbeiten, von dem alle künftige Entwicklung abhängt und dem durch Gottes Liebe zu seiner Welt bleibende Verheißung gegeben ist.

2. Zielvorstellungen

- (5) Eine gesamteuropäische Friedensordnung muß in der Perspektive Säule eines neuen, globalen internationalen Systems der Sicherheit und Zusammenarbeit sein, das von den Vereinten Nationen getragen wird. Die Region Europa kann eines der Modell- und Prüffelder für notwendige Aufgabenerweiterungen der UNO und deren Zusammenspiel mit regionalen Institutionen werden (zum Beispiel im Hinblick auf globale Kontroll- und Überwachungseinrichtungen sowie ökonomische und ökologische Zusammenarbeit). Heute läßt sich noch nicht klar und eindeutig sagen, wie ein System politischer Friedenssicherung in Europa, ein System gemeinsamer Sicherheit, aussehen kann. Deutlich sind jedoch einige unverzichtbare Bestandteile:

- (6) - Eine militärische Sicherheitsstruktur, die durch radikale Reduzierung und Umstrukturierung der gegenwärtig in Europa stationierten Militärpotentiale hergestellt werden muß, so daß eine strukturelle Angriffsunfähigkeit in Zentraleuropa gewährleistet ist;
- (7) - Wahrnehmung bestimmter Souveränitätsbereiche der einzelnen Länder durch gesamteuropäische Institutionen, z. B. für die Überwachung einer europäischen Rüstungskontrollzone, sowie für Konfliktregulierung und Schlichtung auf politischem, wirtschaftlichem und militärischem Gebiet (Der höhere Kooperations- und Verflechtungsgrad in Zentraleuropa erfordert spezifische Institutionen);
- (8) - breite wirtschaftliche Kooperation und gegenseitige Verflechtung zwischen den Staaten Ost- und Westeuropas, insbesondere in der mitteleuropäischen Zone entlang der Nahtlinie zwischen den beiden Bündnissystemen ohne Zwang zur Aufgabe eigenständiger gesellschafts- und sozialpolitischer Entwicklungen;
- (9) - größtmögliche Offenheit und Kommunikation der Menschen zwischen allen Teilen Europas. Ständiger breiter Dialog über Lebensstrukturen, Sozialpolitik, Kulturentwicklung, Wirtschaftsstrukturen und über die politischen Strukturen, insbesondere im Hinblick auf die Zukunft der Zwei-Drittel-Welt.
- (10) - gemeinsame Forschung und enge Kooperation im ökologischen Bereich: in der Datenerfassung, bei Analysen, bei ökologisch bedeutsamen wirtschaftspolitischen Entscheidungen, bei Schutzmaßnahmen und beim schrittweisen Aufbau einer an der ökologischen Verträglichkeit orientierten Ökonomie.
- (11) Unsere Hoffnung ist, daß diese Bestandteile einen Weg für eine immer weiterreichende Dynamik der Abrüstung eröffnen bis dahin, daß Elemente von gewaltloser sozialer Verteidigung als Mittel von Friedenssicherung möglich werden. Wir erfahren bereits heute, daß die ersten Teilschritte in Richtung auf ein neues, politisches System der Friedenssicherung in Europa den gesellschaftlichen Bewußtseinswandel fördern und die Lebensbedingungen der Menschen verbessern.

Architekturelemente eines gemeinsamen Hauses Europa zeichnen sich ab, die nun schrittweise in globaler Verantwortung mit Leben erfüllt werden müssen.

3. Schritte und Schrittfolgen

- (12) Die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) und die Folgekonferenzen im Rahmen des KSZE-Prozesses haben Grundlagen für ein System politischer Friedenssicherung in Europa geschaffen und erste Teilresultate auf dem Weg dahin erzielt. In den nächsten Jahren sind eindeutige und in verschiedenen Bereichen parallele Schritte notwendig. Dazu gehören:
- (13) 3.1. Im militärischen Bereich
 - Abbau und Umstrukturierung von Militärverbänden der Sowjetunion und der USA und ihrer jeweiligen Bündnispartner in Europa mit dem Ziel, die Fähigkeiten zu Angriffen auf das Territorium des potentiellen Gegeners und die Möglichkeit zu politischer Erpressung durch militärische Drohung schrittweise und eindeutig

erkennbar zu verringern, Einleitung dieser Schritte durch kalkulierte einseitige Maßnahmen, insbesondere durch Rückzug bzw. Auflösung konventioneller Offensivkapazitäten aus einem beschränkten mitteleuropäischen Korridor;

- konstruktive Begleitung der KSZE-Verhandlungen über konventionelle Streitkräfte in Europa und über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen durch einseitige Signale des politischen Willens zur Abrüstung: im Bereich des Austauschs von Daten, durch schrittweise Erweiterung von Informations- und Beobachtungsaktivitäten und Einschränkung von Großmanövern unabhängig vom Ergebnis der Verhandlungen; die gegenseitigen Beobachtungsaktivitäten sollten auch auf Ausbildungseinrichtungen ausgedehnt werden.
- Eröffnung eines Verhandlungsforums über Kernwaffen kurzer Reichweite; Aufbau einer von Kernwaffen und konventionellen Angriffswaffen freien Zone in Mitteleuropa als Teilschritt umfassender Abrüstungsmaßnahmen;
- Kernwaffenteststop, auch unter Einschluß von Großbritannien und Frankreich;
- Aufbau einer von Chemiewaffen freien Zone in Europa als Schritt und Testfeld auf dem Weg zur weltweiten Abschaffung dieser Waffen.

(14) 3.2. Im politischen Bereich

- schrittweise Einrichtung und Förderung internationaler Institutionen im Bereich der Rechtssprechung und Schlichtung bei internationalen Streitfragen sowie Respektierung ihrer Entscheidungen;
- Ausbau der Direktkontakte zwischen Landes- und Kommunalparlamenten und ihren Arbeitseinrichtungen (Kommissionen, Ausschüssen usw.); Ausbau von Städtepartnerschaften;
- Verflechtung von politischen Institutionen Ost- und Westeuropas bzw. der mitteleuropäischen Zone (z. B. gemeinsame Ministerkonferenzen für spezielle Fachressorts, Einsetzung von Kommissionen);
- Förderung gewaltfreier Formen und Strukturen zum Umgang mit Konflikten und Förderung einer Kultur des öffentlichen Streites und der aktiven Mitverantwortung der Bürger im eigenen Land;
- staatliche Begründungspflicht und öffentliche Kontrolle bei generellen Entscheidungen im Bereich von Militär und Rüstung;
- gesetzliche Anerkennung des Rechtes auf Wehrdienstverweigerung als Element von Vertrauensbildung und politischer Friedenssicherung;
- breite internationale Basiskontakte zwischen den Gewerkschaften und gewerkschaftlichen Arbeitsgremien;
- breite internationale Basiskontakte zwischen Friedens-, Umwelt-, Zwei-Drittel-Welt-Bewegungen/Gruppen/Initiativen zur Intensivierung der Sacharbeit.

(15) 3.3. Im wirtschaftlichen Bereich

- Strukturveränderung in der jeweils eigenen Volkswirtschaft, um Voraussetzungen für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Verflechtung zu schaffen;
- Ausarbeitung gemeinsamer Angebote und Projekte zur Förderung wirtschaftlicher Eigenentwicklung in der Zwei-Drittel-Welt durch europäische Länder;
- weiterer Ausbau des Energieverbundnetzes zwischen West- und Osteuropa;
- gemeinsame Vorbereitung auf Konversion (Umwandlung) von Rüstungsindustrie in Zivilindustrie und Austausch erster Erfahrungen;
- Aufnahme von bi- und multilateralen Konsultationen zwischen den KSZE-Staaten zur Kontrolle und Einschränkung des internationalen Waffenhandels.

(16) 3.4. Im ökologischen Bereich

- Vertiefung der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit bei der Umweltpolitik; Schaffung übernationaler Institutionen und Erarbeitung von Prioritäten-Katalogen.

(17) 3.5. Im humanitären, kulturellen und wissenschaftlichen Bereich

- vereinbarte Strukturen für zwischenstaatliche Kooperation in Menschenrechtsfragen auf Regierungsebene und auf anderen Ebenen
- Erweiterung von Reise- und Begegnungsmöglichkeiten; Erweiterung des Jugendaustausches;
- weitere Intensivierung des gesamteuropäischen Kulturaustausches auch auf unterer Ebene (Laiengruppen u. a.);
- Entwicklung eigener Angebote zur Verbreiterung des wissenschaftlichen Austausches und der Kontakte zwischen Wissenschaftlern;
- gesamteuropäische und bilaterale Projekte für eine Friedenserziehung, die an den globalen und sozialen Problemen und ihrer Bewältigung orientiert ist und friedliche Konfliktlösung einübt;
- Zusammenarbeit bei der Schulbuchgestaltung; Lehreraustausch.

4. Förderliche und hinderliche Faktoren

(18) Der Weg zu einem System der politischen Friedenssicherung in Europa kann durch verschiedene inner- und außereuropäische Entwicklungen gefördert oder in Frage gestellt werden. Die politischen Beziehungen der Weltmächte werden herausragende Bedeutung behalten und die Entwicklung der Globalprobleme der Zwei-Drittel-Welt, des internationalen Wirtschaftssystems, der Umwelt wird auch die europäische Zukunft bestimmen. Auf Dauer entscheidend für den Weg Europas wird der politische Wille der Europäer sein, den europäischen Problemen und den globalen Bedrohungen für das Überleben der Menschheit gemeinsam zu begegnen.

(19) Neu aufgetretene förderliche Faktoren sind eng mit dem Begriff des "Neuen Denkens" verbunden:

- Das öffentliche Bewußtsein hat sich in Richtung auf stärkere Beachtung der globalen Gefahren verändert. Diese Veränderung ist bewirkt worden durch eine Reihe von Faktoren, darunter die neue

Politik der Sowjetunion und eine allgemeine Abnahme der Fixierung auf die militärische Bedrohung durch die andere Seite bis hin zu Veränderungen bei der Wehrmotivation. Das Wirken der Friedens- und Ökologiebewegungen in Ost und West trägt zur "Abrüstung von unten bei".

- Die Einsicht in die Friedensfähigkeit und Reformfähigkeit der anderen Seite und die Berücksichtigung ihrer Bedrohungswahrnehmungen bilden sich heraus und führen zu größerer Dialogbereitschaft auf allen Ebenen unter Einschluß des Militärs aus der NATO und den Staaten des Warschauer Vertrages.
- Gemeinsame politische, ökonomische und ökologische Interessen werden zunehmend erkannt und politisch genutzt;
- Die Friedensforschung hat an Breite gewonnen, ihre Ergebnisse finden Eingang in die praktische Politik.
- Die Einsicht in die Kriegs unverträglichkeit der modernen Zivilisation nimmt zu.
- Vielfalt in nationaler, kultureller, religiöser gesellschafts- und sozialpolitischer Hinsicht beginnt als positiver Wert anerkannt zu werden.

(20) Hinderliche Faktoren sind jedoch noch stark wirksam:

- Mangelhafter politischer Wille zu radikalen Abrüstungsmaßnahmen wird durch Fehleinschätzung der Gefahren der gegenwärtigen Situation, mangelhaftes Vertrauen in die positiven Kräfte politischer Dynamik und Festhalten an Überlegenheitspositionen verursacht.
- Wenn auch unterschiedlich in Ost und West, wirken sich Militarisierungstendenzen in der Gesellschaft und das Fortbestehen sozialer und ökonomischer Interessen an der Rüstung hinderlich auf den Abrüstungsprozeß aus (vorteilbestimmte Aspekte in der Wirtschaft und soziale Privilegien beim Militär).
- Mangelhafte Dialogbereitschaft im Innern und unzureichende Beteiligung der Bürger an den politischen Entscheidungsprozessen in den Staaten Ost- und Westeuropas führen zu Mangel an Vertrauen und zu Resignation.
- Selbstgerechte und feindselige Rhetorik ist noch nicht überwunden.
- Der Zeitaufwand für Abrüstungsverhandlungen im Vergleich zur Dynamik der Entwicklung neuer Waffensysteme ist zu hoch.
- Nationale und nationalistische Tendenzen werden im Interesse innerer oder äußerer Machtpolitik manipuliert.
- Eine Nichtachtung von Souveränitätsrechten wirkt politischer Friedenssicherung entgegen. Andererseits ist es notwendig, bestimmte Souveränitätsrechte an internationale Institutionen zu übertragen.
- Demonstration militärischer Stärke in der Öffentlichkeit ist nicht hilfreich für die politische Entspannung und den Abbau von Feindbildern. Sie hält Bedrohungsängste unnötig lebendig.

5. Aufgaben und Möglichkeiten der Kirchen

(21) Kirchen sollen individuelles und kollektives Gewissen schärfen, zu exemplarischem Handeln ermutigen und befähigen sowie durch ihr

Zeugnis und ihren Dienst politische Verantwortung stärken. Auch unter unseren gesellschaftlichen Bedingungen in der DDR ist die Wahrnehmung dieses dreifachen Auftrages wichtig und kann reale Veränderungen mitbewirken, wie sie im beginnenden Prozeß der Realisierung des Konzeptes der gemeinsamen Sicherheit deutlich werden. Die Förderung und Begleitung von Ansätzen eines "neuen Denkens" braucht Geduld und Sachverstand, aber auch Hartnäckigkeit. Wir denken, daß gerade für die Kirchen in den beiden deutschen Staaten, an der Nahtstelle der Bündnissysteme besondere Möglichkeiten und auch besondere Verantwortung gegeben sind.

Darum hoffen wir, daß in unseren Kirchen, Gemeinden und Gruppen in dieser Zeit des Übergangs eine lebendige Gemeinschaft wächst, die den einzelnen Gliedern hilft, die Erkenntnis ihrer Friedensverantwortung in konkrete Alltagsentscheidungen umzusetzen. Jedes Reden und Schweigen, jedes Handeln soll daraufhin geprüft werden, ob es dem Frieden wirklich dient. Dazu bedarf es eines offenen Gesprächs, die ständige Bereitschaft mit Menschen anderer Überzeugungen zu reden und von ihnen zu lernen sowie nicht zuletzt auch mehr Furchtlosigkeit vor möglichen Nachteilen. Friedenssicherung auf der Grundlage der gemeinsamen Sicherheit ist etwas so Neues und weit über den militärischen Bereich Hinausgehendes, daß eine Veränderung des Denkens, der Wertvorstellungen und ihrer Umsetzung in allen Lebensbereichen grundsätzlich neu gelernt und immer wieder konkret neu buchstabiert werden muß. Damit können unsere Kirchen die "Abrüstung von unten" fördern, die den europäischen und den weltweiten Prozessen Handlungsspielräume eröffnet, aber auch Nachdruck verleiht.

Wir sind dankbar dafür, daß durch den eingeleiteten ökumenischen Prozeß für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung auch die Gemeinschaft unserer Kirchen gewachsen und gestärkt worden ist. Im gemeinsamen Gebet, in der Vergewisserung biblischer Orientierung, im Formulieren gemeinsamer ethischer Überzeugungen und in der Ermutigung zum Handeln kann diese Gemeinschaft zu einem Modell partnerschaftlichen Miteinanders werden, das seine Ausstrahlung in andere gesellschaftliche Bereiche hat.

Wir bitten deshalb

(22) 5.1. die Christen unseres Landes

- ihre Friedensverantwortung der Gemeinde, in der Arbeitswelt und im gesellschaftlichen Bereich, in der Erziehung und in Entscheidungen im Zusammenhang mit dem Wehrdienst umzusetzen,
- das Gespräch mit Menschen zu suchen, die eine andere Überzeugung haben,
- ihre Hoffnungen durch zeichenhaftes Handeln zum Ausdruck zu bringen,
- sich für ein partnerschaftliches Miteinander innerhalb der Gemeinden und in den ökumenischen Beziehungen einzusetzen,
- ausdauernd für eine gerechte Friedensordnung in Europa zu beten;

(23) 5.2. die Gemeinden und Gruppen unseres Landes

- Informations- und Öffentlichkeitsarbeit zu beginnen oder zu fördern, um das Bewußtsein für die Aufgaben der politischen Friedenssicherung zu entwickeln,
- Gemeindepartnerschaften nach Ost- und Westeuropa zu unterstützen und mit den Anliegen des ökumenischen Prozesses zu füllen,

- an der Schärfung des gesellschaftlichen Bewußtseins zu arbeiten,
- den Dialog mit allen ihren Gliedern, mit Außenstehenden und Andersdenkenden, insbesondere aber auch mit Politikern und Militärs zu suchen und dafür Räume zu eröffnen, die so in anderen Bereichen der Gesellschaft vielleicht noch nicht gegeben sind,
- Wissenschaftler und Ingenieure zu ermutigen, friedensethische Kriterien für ihr Handeln im beruflichen Raum zu erarbeiten und zu verbreiten;

(24) 5.3. die Kirchenleitungen

- mutige Schritte zu gehen bei der Verbreitung konstruktiver neuer Ideen und bei der Unterstützung friedensfördernder Initiativen,
- unermüdlich das Gespräch mit Verantwortlichen aus Staat und Gesellschaft zu suchen, um der politischen, auf Gewalt immer mehr verzichtenden Friedenssicherung nach innen und nach außen zu dienen,
- die Gemeinschaft mit anderen europäischen Kirchen als unverzichtbares Element der Vertrauensbildung zu stärken.

